



Mit dieser Überzeugung treten die bfg und ihre Kandidatinnen und Kandidaten bei den Personalratswahlen am 23. Juni 2026 an!

Die Amtsperiode der bestehenden Personalratsgremien neigt sich damit ihrem Ende zu. Zeit also, etwas zurückzublicken auf diese fünf Jahre, die am 1. August 2021 begonnen hatten – mitten in der Corona-Pandemie! Aber wer hätte damals gedacht, dass uns diese Pandemie noch weitere 1 ½ Jahre in Atem hält und die Rahmenbedingungen für unser Leben und Arbeiten noch so lange weiter bestimmt.

Unser Leben im Krisenmodus

Es wäre schön, könnte man heute davon sprechen, dass ab Mitte 2023 die Normalität wieder eingekehrt ist. Aber der Ausnahmezustand, der unser Leben im Großen bestimmt, hat sich leider durch Kriege und schwierige wirtschaftliche und politische Entwicklungen fortgesetzt; bis heute – und ein Ende scheint nicht in Sicht.

Nach Lob jetzt Verachtung für den öffentlichen Dienst

Wurde der öffentliche Dienst in Deutschland in den Jahren der Pandemie noch für seine Funktionsfähigkeit auch unter schwierigsten Bedin-

gungen gelobt, hat die mediale und politische Tonlage gegenüber dem „Staat“ beinahe nahtlos ins Gegenteil umgeschlagen. Heute vergeht kaum ein Tag, an dem nicht von einer überbordenden Bürokratie die Rede ist, die das Land lähmt und die damit Schuld trägt am vermeintlichen Niedergang Deutschlands. Seriöse Wissenschaftler sprechen davon, dass man den öffentlichen Dienst zum Sündenbock macht und so mancher Verantwortliche in politischen Spitzenpositionen vom eigenen Anteil an der Misere ablenken kann.

Fortsetzung nächste Seite

A13 + AZ kommt
Jahrelange Forderung
der bfg erfüllt

Seite 7

Personalratswahlen
Alles Wissenswerte zu den
Personalratswahlen

Seiten 22 bis 29



**GEMEINSAM
MENSCHLICH
MUTIG VORAN**

In solchen Zeiten neigen Menschen gerne zum Rückzug ins Private und einem „Lasst mich einfach in Ruhe!“ Das hilft einem allerdings selbst nicht weiter und in unserer gemeinsamen Arbeitswelt schon gar nicht!

Jetzt erst recht!

Die bfg jedenfalls ist davon überzeugt, dass schwierige Zeiten Zusammenhalt erfordern und es uns nicht voranbringt, wenn jetzt alle nur noch auf sich selbst schauen. Unser Angebot und das unserer Kandidatinnen und Kandidaten bei dieser Personalratswahl lautet, gemeinsam, menschlich und nicht zuletzt auch mutig voranzugehen, um die Interessen aller Beschäftigten zu vertreten und durchzusetzen. Zusammenhalten und gemeinsam für Verbesserungen kämpfen anstatt sich auseinanderdividieren lassen! Denn schwierige Zeiten erfordern geschlossenes Handeln.

Schwieriger Arbeitsalltag

Dass die Zeiten auch in unseren Verwaltungen schwierig sind, wird niemand bestreiten. Der Alltag der meisten wird dabei ja nicht nur von einer extremen Arbeitsbelastung geprägt, sondern oft noch viel stärker von der Auseinandersetzung mit technischen Schwierigkeiten. Mancher ist einfach nur noch wütend, weil man allzu sehr durch allerlei technische Unzulänglichkeiten in seiner Arbeit behindert wird. Die bfg und ihre Personalräte haben die Schwierigkeiten immer wieder an oberster Stelle

thematisiert. So beispielsweise bei den Spitzengesprächen mit Finanzminister Füracker, worüber auch in der Ausgabe 10/2025 und 4/2026 der bfg-Zeitung berichtet wurde. Konkretes Ergebnis hier: die Haushaltsmittel für die IT werden ganz erheblich aufgestockt!

Hartnäckigkeit ist Teil der Job-Beschreibung

Dass solche Gespräche keine Wohlfühlmomente sind, dürfte jedem klar sein. Es gehört aber gerade zur Job-Beschreibung von Personalräten und Gewerkschaftern, dass man mit Nachdruck auch die Dinge anspricht, die andere nicht hören wollen, weil es am Heile-Welt-Bild rüttelt!

Was in unserem Ressort in den vergangenen 5 Jahren geleistet wurde, darauf können alle Beschäftigten aber umso mehr stolz sein! So ist auch die Effizienz der Finanzverwaltung in Politik und Öffentlichkeit unbestritten.

Erfolgsmodell Telearbeit

Vieles erleichtert hat in den letzten Jahren die Ausweitung von Telearbeit und Homeoffice! Hier konnte in der Notsituation der Pandemie der Beweis geführt werden, was hier alles möglich ist. – Angefangen hat alles mit einer professionell angelegten Online-Befragung der bfg, an der sich mehr als 7.000 Beschäftigte des gesamten Ressorts beteiligt haben. Die Ergebnisse bildeten die Grundlage für die Gespräche und Verhandlungen zwischen Hauptpersonalrat und Finanzministerium – im Mittelpunkt

dabei die Erkenntnis, dass die Möglichkeiten und Anforderungen des Arbeitens von daheim aus zwischen den einzelnen Verwaltungen, ja selbst zwischen verschiedenen Tätigkeiten der gleichen Verwaltung stark variieren. Deshalb der Ansatz mit einer Öffnungsklausel in der Dienstvereinbarung des Hauptpersonalrats, der es ermöglicht hat, in den einzelnen Verwaltungen ergänzende und auch abweichende Dienstvereinbarungen zu schließen. Sogar das Personalvertretungsgesetz wurde hierzu noch geändert, so dass die Personalräte vor Ort heute verantwortungsvoll mit der Dienststellenleitung zusammenarbeiten sollten bei der Frage, ob jemandem die Telearbeit versagt werden muss.

Weitere Flexibilisierung der Arbeitswelt

Die Flexibilisierung des Arbeitens, die sich aus den erweiterten Homeoffice-Möglichkeiten ergeben hat, wird mit technischen Verbesserungen immer weitergehen. Auch die Finanzämter-Strukturoptimierung, die in den vergangenen Monaten unter erheblichem Einsatz der beteiligten Personalräte in Mittelfranken begonnen hat, wird eine weitere Flexibilisierung bringen. Denn der Kernpunkt soll ja die Möglichkeit sein, die meisten Aufgaben von jedem Standort aus zu erbringen. Zeitaufwendiges Pendeln an eine andere Dienststelle kann damit künftig entfallen!

INHALT

- S. 4** Bericht aus dem HPR

- S. 7** A13+AZ jetzt überall möglich

- S. 10** Strukturoptimierung

- S. 12** Gespräch mit MdL Grob und Fackler

- S. 13** bfg-Eingabe zur Bezügeanpassung

- S. 16** Wipijewski bei SPD-Landtagsfraktion

- S. 17** Verfassungsmäßigkeit der Besoldung

- S. 20** Gespräch mit LfF Präsident Herzog

- S. 36** bfg-Jugend

- S. 38** Aus den Ortsverbänden

IMPRESSUM

- Herausgeber: bfg-Verlag, Karlstr. 41, 80333 München, Tel. (0 89) 54 59 17-0, Fax (0 89) 54 59 17 99, info@bfg-mail.de, www.finanzgewerkschaft.de
- Verantwortlich: Gerhard Wipijewski, Vorsitzender der Bayerischen Finanzgewerkschaft
- Redaktionsleiterin: Nina Gürster
- Redaktion: Birgit Fuchs, Nina Gürster, Thomas Wagner, Christoph Werwein und Gerhard Wipijewski
- Layout und Gestaltung: Thomas Wagner, Jana Patzak
- Druck: Druckerei Offprint, Planegger Straße 121, 81241 München
- Anzeigenverwaltung: bfg-Verlag, Karlstr. 41, 80333 München, Tel. (0 89) 54 59 17-0, Fax (0 89) 54 59 17 99

Die „Bayerische Finanzgewerkschaft“ erscheint 10x jährlich. Der Bezugspreis ist durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten. Gezeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, die mit der Meinung der bfg und der Redaktion nicht übereinstimmen muss. Bei Leserbriefen behalten wir uns Kürzungen und redaktionelle Änderungen vor. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung und Quellenangabe des Herausgebers. Alle Bilder oder Grafiken sind urheberrechtlich geschützt und dürfen nur mit Genehmigung des bfg-Verlages bzw. des jeweiligen Rechteinhabers verwendet werden.



Sie haben jetzt die Wahl!

Text: Gerhard Wipijewski, Vorsitzender

Am 23. Juni sind die Personalräte auf allen Ebenen neu zu wählen – örtliche Personalräte, Gesamtpersonalräte, Bezirkspersonalräte und der Hauptpersonalrat – dazu auf jeder Ebene auch die entsprechenden Jugend- und Auszubildendenvertretungen. Im Bereich des Finanzressorts sind rund 33.000 Beschäftigte zur Wahl aufgerufen. Wer Briefwahl machen will, kann dies beim örtlichen Wahlvorstand beantragen. Man benötigt dafür keinen besonderen Grund mehr!

Ich bitte Sie: Machen Sie von Ihrem Wahlrecht Gebrauch!

Warum? – Weil Sie sich damit selbst etwas Gutes tun! Denn durch eine hohe Wahlbeteiligung stärken Sie die Personalräte und damit Ihre eigene Vertretung gegenüber Ihrem Dienstherrn und Arbeitgeber! Gerade in einer so fordernden Zeit ist eine hohe Wahlbeteiligung besonders wichtig, weil sie als Zeichen der Geschlossenheit und Legitimation der Gewählten gesehen wird!

Sie bestimmen mit Ihren Stimmen aber auch, wer in den kommenden fünf Jahren die vielfältigen Aufgaben der Personalvertretung für Sie wahrnimmt: notwendige Maßnahmen beantragen etwa, über die Einhaltung von Gesetzen, Tarifverträgen und Dienstvereinbarungen wachen oder bei personellen und organisatorischen Angelegenheiten mitwirken und mitbestimmen sowie neue Dienstvereinbarungen schließen.

Der Personalrat ist freilich kein Ersatz für eine gewerkschaftliche Interessenvertretung, sondern eine wichtige Ergänzung. Denn während Gewerkschaften weit über die Verwaltung hinaus in die Politik hineinwirken können, ist der Personalrat Teil der Verwaltung und damit den strengen Regeln des Personalvertretungsgesetzes unterworfen.

Erfolgreiche Personalratsarbeit ist daher unbestritten nur im Zusammenwirken mit einer starken Gewerkschaft wie der bfg möglich. Ohne deren fachlichen Rat und juristische Hilfe bei den täglichen Fragen des Personalvertretungsrechts, des Beamtenrechts sowie des Arbeits- und Tarifrechts ist eine effektive Personalratsarbeit nicht denkbar. Unsere Kandidatinnen und Kandidaten haben den notwendigen Rückhalt der bfg und ihrer Dachorganisationen dbb beamtenbund und tarifunion sowie Deutsche Steuer-Gewerkschaft. Die bfg und ihre Vertreterinnen und Vertreter haben so die Möglichkeit, sich auf allen Ebenen für die Interessen der Beschäftigten einzusetzen – immer gerade da, wo es nötig und erfolgversprechend ist.

Indem Sie wählen, senden Sie aber auch eine wichtige

Botschaft an die politischen Entscheidungsträger! Denn eine hohe Wahlbeteiligung und entsprechend gute Ergebnisse für die bfg werden selbstverständlich auch in der Politik wahrgenommen.

Für uns in der Bayerischen Finanzgewerkschaft ist die Arbeit in den Personalvertretungen nicht ideologisch bestimmt. Entscheidungen in den Personalräten treffen wir sachbezogen unter Abwägung der Interessen aller Beschäftigten. Polemik und Unsachlichkeit haben im Personalrat keinen Platz. Unser Ziel ist es, dafür zu sorgen, dass die Finanzverwaltung personell und sachlich so ausgestattet wird, dass sie ihren Aufträgen gerecht werden kann, in der Steuerverwaltung wie in der Staatsfinanz, in der Schlösserverwaltung wie den IT-Bereichen, der Lotterieverwaltung, den Bildungseinrichtungen, unseren Finanzgerichten wie auch den weiteren Staatsbetrieben. Dabei müssen die Menschen im Mittelpunkt stehen. Wir wehren uns dagegen, einzelne Bereiche gegeneinander auszuspielen. Unsere Verwaltungen sind nur als Einheit stark. Davon profitieren auch die Beschäftigten.

Auch in den kommenden fünf Jahren werden sich Arbeit und Arbeitsplätze und damit die Anforderungen an die Beschäftigten in unserer Verwaltung weiter verändern. Durch Ihre Wahl bestimmen Sie mit, wer diesen Prozess als Vertretung des Personals begleiten und die Interessen der Beschäftigten dabei vertreten wird.

Die Kandidatinnen und Kandidaten der bfg kennen die Sorgen, Nöte und Probleme der Beschäftigten aus ihrer täglichen Arbeit. Sie sind für alle Beschäftigten Ansprechpartner, Ratgeber und Anwalt bei der Durchsetzung ihrer berechtigten Interessen – Tag für Tag, Monat für Monat!

Dies gilt auch für die bfg insgesamt! Als bfg-Mitglied wissen Sie das. In den vergangenen fünf Jahren konnten Sie unsere Arbeit nicht zuletzt auch in 46 Ausgaben unserer Zeitung und vielen weiteren Veröffentlichungen mitverfolgen. Denjenigen, die nicht Mitglied der Bayerischen Finanzgewerkschaft sind, empfehle ich daher: Schauen auch Sie sich unsere Arbeit einmal genauer an. Wir haben hierfür unter www.personalratswahlen.bayern die bfg-Zeitungen der letzten 12 Monate sowie viele weitere Beiträge aus den vergangenen fünf Jahren zum Abruf bereitgestellt!

Ich bitte Sie: Honorieren Sie unser Engagement und gehen Sie zur Wahl!

Wählen Sie die Kandidatinnen und Kandidaten sowie die Listen der bfg!

BERICHT AUS DEM HPR

von David Dietz



Hauptpersonalrat bezieht Stellung zum Gesetzentwurf zur Anpassung der Bezüge

Der Hauptpersonalrat hat in einer Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung der Bezüge für die Jahre 2026, 2027 und 2028 nochmals deutlich gemacht, dass man keinen Grund für eine um sechs Monate verzögerte Übertragung des Tarifergebnis des TV-L auf die Beamten sieht. Vielmehr wäre es gerade in der aktuellen Zeit wichtig, bei den Beamten keine Abstriche in der Einkommensentwicklung im Vergleich zu den Tarifbeschäftigten zu machen. Auch im Hinblick auf die geleistete Arbeit der Kolleginnen und Kollegen in den vergangenen Jahren, wäre es ein wichtiges Zeichen der Wertschätzung, die Übertragung des Tarifergebnisses zeitgleich zu vollziehen. Ohne die hervorragende Arbeit wären die Bewältigung der Coronakrise und die Grundsteuerreform, trotz der angespannten Personallage nicht möglich gewesen! Aus diesen Gründen wäre aus Sicht des Hauptpersonalrats die zeitgleiche Übertragung des Tarifergebnis auf die Beamten dringend erforderlich!

HPR kritisiert den Wegfall des Versands von Zahlungshinweisen vor Fälligkeiten deutlich

Der Wegfall des Versands von Zahlungshinweisen vor Fälligkeiten hatte

für die Beschäftigten in den Finanzämtern erhebliche Mehrarbeit zur Folge. Dem Vernehmen nach sind in Bayern mehr als eine halbe Million Mahnungen bzw. Zahlungsaufforderungen an die Steuerzahler ergangen. Dies hat in zahlreichen Finanzämtern innerhalb kürzester Zeit zu einer massiven Zusatzbelastung geführt. Aus den Rückmeldungen vor Ort ergibt sich ein einheitliches Bild: stark erhöhtes Anrufaufkommen, überlastete Telefonvermittlungen, starker Publikumsverkehr in den Servicezentren sowie zahlreiche schriftliche Anträge auf Erlass der Säumniszuschläge etc. Dies führte zu einer enormen Belastung der Kolleginnen und Kollegen in den Ämtern. Der Hauptpersonalrat hat dieses Vorgehen scharf kritisiert und das Finanzministerium aufgefordert zu klären, wie es zu solch einer katastrophalen Situation kommen konnte.

Bezügeabrechnung: Layoutänderung der Bezügemitteilung wegen Erweiterung der ELStAM-Daten um die Beiträge der privaten Kranken- und Pflegeversicherung ab 01.01.2026

Zum 01.01.2026 wurde das Verfahren der elektronischen Lohnsteuerabzugsmerkmale (ELStAM-Verfahren) um die elektronische Übermittlung von Beiträgen zu einer privaten Kranken- und Pflegeversicherung erweitert. Arbeitgeber sind verpflichtet, die

elektronischen Lohnsteuerabzugsmerkmale (ELStAM) auf der Lohn- und Gehaltsabrechnung auszuweisen und dem Arbeitnehmer bekannt zu geben. Die an das Landesamt für Finanzen (LfF) übermittelten und im Personalsystem VIVA übernommenen Beiträge zur privaten Krankenversicherung (KV) und Pflegeversicherung (PV) müssen deshalb künftig auf der Bezügemitteilung neben den bisherigen Lohnsteuerabzugsmerkmalen als ELStAM ausgewiesen werden. Im Zuge der o. g. Rahmenbedingungen hat das Landesamt für Finanzen die Bezügemitteilungen neugestaltet. Das neue Layout wird erstmals im Zahltag Mai 2026 verwendet. Die Änderung betrifft im Wesentlichen die Neugestaltung des Datenblocks rechts oben unterhalb des Geschäftszeichens. Die Beschäftigten werden über einen Hinweis im Mitarbeiterportal, sowie über die Homepage des Landesamts für Finanzen informiert.

Qualifikationsprüfung 2025 für den Einstieg in der 3. QE der Fachlaufbahn Verwaltung und Finanzen, fachlicher Schwerpunkt Steuer (Wiederholung)

An der Qualifikationsprüfung 2025 (Wiederholung) für den Einstieg in der dritten Qualifikationsebene der Fachlaufbahn Verwaltung und Finanzen, fachlicher Schwerpunkt Steuer haben insgesamt 68 Anwärtinnen und Anwärter teilgenommen. Hier

von haben 32 bestanden. Unter Berücksichtigung der Wiederholungsprüfung haben insgesamt somit von den 326 Prüflingen 49 die Prüfung nicht bestanden. Die Gesamtdurchfallquote der Qualifikationsprüfung 2025 beträgt 15,0 Prozent. Bei der Qualifikationsprüfung 2018 lag sie bei 8,9 %, 2019 bei 8,2 %, 2020 bei 5,7 %, 2021 bei 8,6 %, 2022 bei 13,7 %, 2023 bei 9,0 % und 2024 bei 10,1 %.

Mittelzuweisung für Gesundheitsmanagement der nachgeordneten Bereiche

Das Finanzministerium hat die Mittel für das Gesundheitsmanagement für das Jahr 2026 zugewiesen. Insgesamt erhalten die nachgeordneten Bereiche 100.500 Euro für Maßnahmen im Rahmen des Gesundheitsmanagements und damit weniger als in den Vorjahren. Die genaue Mittelzuweisung richtet sich nach der Anzahl der Beschäftigten.

Katja Graßer und Lydia Hildebrandt verabschiedet

Katja Graßer wurde im vergangenen Monat aus dem Hauptpersonalrat verabschiedet. Seit den Personalratswahlen 2021 war sie stellvertretende



HPR-Vorsitzender Gerhard Wipijewski verabschiedet Katja Graßer ...

Vorsitzende der Beamtengruppe und Schriftführerin. Katja Graßer nahm wegen ihres bevorstehenden Mutterschutzes zum letzten Mal an einer Sitzung teil. Gerhard Wipijewski dankte ihr für ihr großes Engagement in den vergangenen Jahren und wünschte ihr für die kommende Zeit alles Gute.

Zur neuen stellvertretenden Vorsitzenden der Beamtengruppe wurde Bärbel Wagner vom Finanzamt München gewählt.

Neben Katja Graßer wurde auch Lydia Hildebrandt aus dem Hauptpersonalrat verabschiedet. Lydia Hildebrandt war seit 2011 eines der ersten



... und Lydia Hildebrandt.

Ersatzmitglied des Hauptpersonalrats und ab 2016 gewähltes Mitglied. Sie vertrat damit über zehn Jahre die Interessen der Kolleginnen und Kollegen der Vermessungsverwaltung im Hauptpersonalrat. Mit ihrem Eintritt in den Ruhestand endet nun ihre aktive Tätigkeit im Gremium. Der Vorsitzende dankte ihr für ihr großes Engagement in den vergangenen Jahren und würdigte ihren langjährigen Einsatz für die Beschäftigten.

Nachrückerin für Lydia Hildebrandt in den Hauptpersonalrat ist die Vorsitzende des Gesamtpersonalrats am Landesamt für Finanzen, Julia Strehle.



Wir unterstützen unsere Mitglieder – auch außerhalb des Amtes

Melde dich jetzt an und komm ins Team der bfg!

QR Code zur USC-Website – gleich anmelden & starten:



Erfolgreiche Nachwuchsge- winnung

Eine sehr erfolgreiche Entwicklung hat in den vergangenen 5 Jahren die Nachwuchswerbung genommen – freilich erst, nachdem wir über Jahre vergeblich auf die fatale Entwicklung bei den Bewerbungen hingewiesen hatten. Dann aber wurden eine ganze Reihe unserer Vorschläge aufgegriffen. Mit dem Zweite-Chance-Verfahren und dem Karriereportal Sei-Dababy.de wurden wichtige Schritte unternommen. Zudem wird der doch arg in die Jahre gekommene LPA-Test für die 2. und 3. QE völlig neu aufgesetzt. Eine Teilnahme wird dann jederzeit digital von daheim aus möglich sein. Zur positiven Entwicklung bei der Nachwuchswerbung gehört auch, dass sich vielfach Personalräte vor Ort in besonderer Weise einbringen.

Stellenplanverbesserungen und Beförderungen

Auch bezüglich des Staatshaushalts waren die vergangenen Jahre keine einfachen. Dennoch konnten wir in den Stellenplänen einige Verbesse-

rungen erreichen. Wie man der nachfolgenden Tabelle entnehmen kann, kam es dadurch zu zahlreichen hochwertigen Beförderungen. Ergänzt um die Folgen des demografischen Wandels konnten zwischen 2021 und 2025 beispielsweise in den Finanzämtern rund 12.000 Beförderungen ausgesprochen werden! Darunter waren etwa 1.250 Beförderungen in das Spitzenamt A 9+AZ der QE 2, etwa 500 ins Spitzenamt der QE 3 A 13, und rund 300 Beförderungen nach A 14 und höher. Entsprechend deren Größe gab es ähnliche Entwicklungen auch in anderen Bereichen.

Wegstreckenentschädigung

Angesichts der seit Wochen extrem hohen Benzinpreise erweist es sich als Glücksfall, dass es bfg und Hauptpersonalrat im Herbst 2022 gelungen war, eine Erhöhung der „großen“ Wegstreckenentschädigung um 5 Ct auf 40 Ct je gefahrenen Kilometer zu erreichen. Eine sehr wichtige Verbesserung für unsere vielen Kolleginnen und Kollegen in den Außendiensten und mit regelmäßigen Dienstreisen!

Ausblick

Der öffentliche Dienst steht in vielfältiger Weise im Fokus der Öffentlichkeit. Dies wird uns nicht nur in der politischen Arbeit mehr fordern, als es uns lieb sein kann, sondern auch die Bedingungen der Arbeit in unserem Ressort nicht erleichtern. Es kommen also fordernde Zeiten auf uns und die am 23. Juni neu zu wählenden Personalräte zu. Mit der sogenannten Finanzämter-Strukturoptimierung steht die Steuerverwaltung vor der größten Verwaltungsreform seit Jahrzehnten. Und wer weiß, welche unserer Ressortbereiche von der bisher hinter verschlossenen Türen verhandelten großen Staatsreform betroffen sein werden!

Gleich was in den kommenden Jahren tatsächlich an Aufgaben und Problemen auf uns zukommen mag – die bfg und ihre Personalräte werden sich den Herausforderungen stellen!

**GEMEINSAM –
MENSCHLICH – MUTIG
VORAN!**

Veränderungen in den Stellenplänen (Auswahl)

1.1.2021 bis 1.1.2026	0601 Ministerium	0604a LfSt Allg. V.	0604b LfSt Autom.	0605 FÄ	0615 LfF	0606 LFS	0616 SGV	0620 LSI
Beamte	18	18	214	538	43	2	-1	49
Arbeitnehmer	-1	-3	64	-98	40	-2	-1	0
Summe	17	15	278	440	83	0	-2	49
B3	2	-	-	0	0	-	0	0
B2	0	0	1	-	1	-	0	0
A16+Z	-	-	-	3	-	-	-	-
A16	3	4	3	1	5	0	0	0
A15	9	-3	4	3	4	0	6	0
A14	-2	5	33	26	-5	1	-2	22
A13	18	5	178	69	24	-1	-3	5
A12	-1	6	60	132	-8	2	0	10
A11	-12	25	13	-7	-39	-1	2	6
A10	-3	-32	-75	152	0	0	-1	1
A9+Z	14	1	29	59	17	2	0	2
A9	-6	1	-8	-50	13	0	6	2
A8	4	1	-23	74	0	-1	-8	0
A7	-3	1	0	76	0	0	-2	0
A6	-5	3	-1	0	31	0	-1	0
A5	-	0	0	0	0	0	0	0
A3/A4	-	-	0	0	0	-	-	0
Stellen planmäßige Beamte 1.1.26	443,60	430,30	1.222,96	16.240,50	2.084,56	46,00	173,35	177,04

A 13+AZ jetzt überall möglich

Jahrelange Forderung der bfg mit Doppelhaushalt erfüllt

Die Älteren unter den Beschäftigten im aktiven Dienst erinnern sich noch, dass man dereinst im mittleren Dienst der Finanzverwaltung als Steuerassistent oder Regierungsassistent in A 5 begonnen hat. Das Spitzenamt dieser Laufbahngruppe war schon damals A 9 mit Amtszulage. Der Einstieg im gehobenen Dienst der Finanzverwaltung war schon damals in A 9, das Spitzenamt der Oberamtsrat in A 13. Im höheren Dienst, dessen Einstiegsamt schon vor Jahrzehnten bei A 13 lag, ging es seither in der A-Besoldung bis A 16 mit Amtszulage. Und im einfachen Dienst wurde das Spitzenamt als Verwaltungsbetriebssekretär auf A 6 gehoben.

Zulage bisher nur bei Technik und Rechtspflege

An dieser Struktur hat auch das Neue Dienstrecht Bayern nichts geändert, das am 1.1.2011 in Kraft getreten war. Zwar gibt es seither keine Laufbahngruppen mehr und die Aufstiegsmöglichkeiten über die nächste Einstiegsebene hinaus wurden durch die modulare Qualifizierung deutlich erweitert, aber in der 3. Qualifikationsebene, die in Bayern den gehobenen Dienst abgelöst hat, gab es weiterhin in A 13 keine Amtszulage. –Wobei das nicht ganz stimmt: in der Rechtspflege und in der Fachlaufbahn Naturwissenschaft und Technik gab es dieses Spitzenamt sehr wohl! Deshalb finden sich einige wenige Haushaltsstellen in A 13+AZ in der LuK des LfSt und im LSI und eine solche Stelle sogar in der Schlösserverwaltung.

bfg-Forderung infolge Lehrer-A 13

Nach dem Beschluss von Staatsregierung und Bayerischem Landtag, die Grund- und Mittelschullehrer nach und nach alle in A 13 zu besolden, war nun aber Bewegung in das Thema gekommen. Seither hat die bfg wiederholt die Forderung erhoben, alle Füh-

rungskräfte müssten damit höher als A 13 besoldet werden ...

Haushaltsgesetz hebt Einschränkung auf

Der Haushaltsgesetzgeber hat darauf jetzt reagiert! Mit dem Ende April vom Landtag beschlossenen Haushaltsgesetz zum Doppelhaushalt 2026/2027 wird in Art. 12 Nr. 4 Buchstabe a Doppelbuchstabe dd) die bisherige Beschränkung auf die Rechtspflege und die Fachlaufbahn Naturwissenschaft aufgehoben! Damit ist ab sofort das Ausbringen des neuen Spitzenamts in der QE 3 allgemein möglich!

Erste Anwendung bei FÄ-Strukturoptimierung

Für die Finanzämter kann die neue Möglichkeit als erstes konkret umgesetzt werden. Denn für die drei „optimierten“ Finanzämter in Mittelfranken wurden hierfür bereits im Nachtragshaushalt 2025 aus den Möglichkeiten des Art. 6 d des Haushaltsgesetzes 23,32 Stellen nach A 13+AZ gehoben, für deren Bewirtschaftung nunmehr die rechtliche Grundlage geschaffen wurde. Zudem

haben sich bfg und Finanzminister Albert Füracker schon vor mehr als einem Jahr darauf verständigt, im Rahmen der Finanzämter-Strukturoptimierung unter anderem 200 Stellenhebungen von A 13 nach A 13 mit Amtszulage zu schaffen. Im Kapitel 0605 ist die entsprechende Ermächtigung nunmehr enthalten, so dass die Umsetzung entsprechend dem Fortschritt der Strukturreform erfolgen kann.

Nächste Möglichkeiten im Herbst 2027

Für alle Bereiche des Finanzressorts ergibt sich eine Möglichkeit für entsprechende Hebungen aus den nunmehr mit dem Doppelhaushalt beschlossenen Mitteln des Art. 6i HG. Für den Einzelplan 06 (Finanzressort) ist hierfür ein Jahreswert von 1.725.000 Euro vorgesehen, der Stellehebungen zum 1. November 2027 ermöglicht! Die konkrete Umsetzung der sich aus den Hausmitteln ergebenden Möglichkeiten beschließt in den kommenden Monaten das Finanzministerium in Abstimmung mit dem Landtagsausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen.



„Unhaltbare Zustände“

... so schilderte es ein 53-jähriger IT-Mitarbeiter (A9Z), der die IuK in Kürze verlassen wird, um zu einer anderen Behörde zu wechseln. Unter dem Motto „IuK am Limit – reden wir darüber!“ lud die bfg Kolleginnen und Kollegen aus der IuK zu einem Online-Austausch ein. Rund 50 Teilnehmende aus München und Nürnberg folgten der Einladung. Im Mittelpunkt stand die Frage, wo konkret die größten Belastungen liegen und welche Veränderungen notwendig sind.

Schilderungen der Praxis

In der Diskussion berichteten zahlreiche Teilnehmende von einer zunehmend angespannten Arbeitssituation. Besonders häufig wurden Themen wie Personalausstattung, Schwierigkeiten bei der Personalgewinnung, fehlende Entwicklungsperspektiven sowie eine hohe Arbeitsbelastung angesprochen. Mehrfach wurde geschildert, dass klare Zielsetzungen und Priorisierungen im Arbeitsalltag fehlen. Auch die Qualität von Steuerung und Management wurde von einzelnen Teilnehmenden kritisch bewertet. Ein wiederkehrendes Thema war der Wunsch nach kurzfristigen Entlastungen. Mehrere Wortmeldungen machten deutlich, dass die Belastungsgrenzen vieler Beschäftigter bereits erreicht oder überschritten sind. In der Diskussion fiel in diesem Zusammenhang auch die Einschätzung „Es brennt – und zwar massiv“. Zudem wurde von Teilnehmenden darauf hingewiesen, dass die laufende Strukturoptimierung die Situation zusätzlich verschärft, da notwendige personelle und technische Ressourcen aus ihrer Sicht nicht ausreichend eingeplant seien.

Strukturoptimierung und IT-Aufgaben

Unabhängig von den subjektiven Einschätzungen zeigt sich, dass die IT im Zuge der Strukturreform vor erheblichen zusätzlichen Aufgaben steht. Der konkrete personelle Bedarf zur Konsolidierung von Plattformen sowie zur Umsetzung von Verfahren – etwa im Bereich Massenfallabga-

ben oder Kassenentflechtung – lässt sich derzeit nur schwer abschließend bestimmen.

Parallel dazu befinden sich zentrale Projekte wie SINA und IKONOS weiterhin in der Umsetzung und erfordern umfangreiche personelle Begleitung. Diese Projekte sind grundlegende Voraussetzungen für ein funktionierendes Zusammenwachsen der Strukturen. Die bisherige digitale Zusammenführung der betroffenen Großämter in Mittelfranken ist – mit Ausnahme einzelner Bereiche wie den BayZeit-Datenbanken – noch nicht weit fortgeschritten. Ein erheblicher Teil der technischen Integration steht somit noch aus.

Arbeitslast und Systemanforderungen

Auch unabhängig von der Strukturreform ist die Arbeitsbelastung hoch. Derzeit werden rund 500 Verfahren parallel betreut. Diese erfordern nicht nur Entwicklung und Inbetriebnahme, sondern auch laufende Pflege, Fehlerbehebung und Weiterentwicklung.

Zudem ist bei extern beschafften Verfahren eine kontinuierliche fachliche Begleitung notwendig. Strukturelle Rahmenbedingungen, etwa im Bereich Datenschutz, erschweren in Teilen die Zusammenarbeit über Organisationseinheiten hinweg. In der Diskussion wurde zudem sehr deutlich kritisiert, dass beim Aufbau eines leistungsfähigen Testcenters in den vergangenen Jahren kaum Fortschritte erzielt wurden. Dies hat zur Folge, dass Verfahren teilweise erst im Echtbetrieb ihre Schwächen zeigen, was wiederum zu Störungen und zusätzlichem Aufwand führt.

Personalsituation als Schlüsselfaktor

Die personelle Situation stellt einen zentralen Engpass dar. Die Gewinnung und Bindung qualifizierter IT-Fachkräfte ist angesichts der Arbeitsmarktlage eine große Herausforderung. In der Diskussion wurde berichtet, dass Beschäftigte die IuK verlassen – teilweise aus Unzufriedenheit mit den Rahmenbedingun-

gen. Gleichzeitig besteht ein Mangel an qualifiziertem Nachwuchs aus der Steuerverwaltung, insbesondere aus der 2. und 3. QE, der für das Verständnis der fachlichen Abläufe besonders wichtig ist. Strukturell zeigt sich zudem, dass Entwicklungs- und Aufstiegsperspektiven – etwa im Bereich modularer Qualifizierung oder in Richtung 4. QE – nicht immer ausreichend vorhanden sind. Dies kann sich langfristig negativ auf die Personalbindung auswirken. Zusätzliche Belastungen ergeben sich durch auslaufende Abordnungen sowie eine hohe Arbeitsverdichtung. Hohe Überstundenstände, eingeschränkte Urlaubsnahme und steigende Anforderungen führen zu einer angespannten Gesamtsituation. Auch erhöhte BEM-Quoten deuten auf diese Entwicklung hin.

Weitere Themen und Ausblick

Neben den genannten Punkten wurden in der Diskussion weitere Themen angesprochen, darunter Defizite im Projektmanagement, fehlende Konsolidierung, Verbesserungsbedarf im Bereich Coaching sowie Kommunikationsfragen. Gleichzeitig wurde deutlich, dass viele Beschäftigte ein hohes Maß an Engagement zeigen und den Wunsch haben, aktiv an Verbesserungen mitzuwirken.

Die bfg wird die eingebrachten Themen auswerten und in einem Konzeptpapier zusammenführen. Ziel ist es, konkrete Verbesserungsvorschläge gegenüber dem Ministerium, dem Landesamt sowie politischen Entscheidungsträgern einzubringen.

Fest steht: Die Funktionsfähigkeit der IT ist eine zentrale Voraussetzung für eine leistungsfähige Steuerverwaltung. Dauerhafte Überlastung und strukturelle Defizite bergen das Risiko, dass notwendige Verfahren nicht in der erforderlichen Qualität und Stabilität bereitgestellt werden können.

Dies hätte nicht nur interne Auswirkungen, sondern würde sich auch auf Bearbeitungszeiten und Servicequalität gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern auswirken.



bfg-Landesvorstand besucht das LSI

Neben der „Steuer“ und der „Staatsfinanz“ ist die „IT“ der dritte große Organisationsbereich der bfg. In den IuK-Bereichen des Landesamts für Steuern (LfSt) und des Landesamts für Finanzen (LfF) sowie dem IT-DLZ hat die bfg mehr als fünfhundert Mitglieder. Seit mehr als acht Jahren gibt es im Finanzressort jetzt auch eine Behörde, die sich ausschließlich mit Fragen der IT-Sicherheit beschäftigt: das Landesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (LSI), das am 1. Dezember 2017 gegründet worden war. Dieses LSI ist damals mit einer Handvoll Mitarbeitern entstanden aus dem Bayern-CERT des LfF und beschäftigt heute am Sitz Nürnberg und den Außenstellen in Würzburg und Bad Neustadt a.d. Saale gut 170 Kolleginnen und Kollegen.

Schutz der staatlichen IT-Infrastruktur

Die zentrale Aufgabe des LSI besteht darin, die staatliche IT-Infrastruktur zu schützen, in technischer Hinsicht also den Bayern-Server und das Bayern-Netz. Daneben gilt es die Kommunen in konkreten Sicherheitsvorfällen aktiv zu unterstützen und zu beraten. Darüber hinaus bietet das LSI den staatlichen Verwaltungen, öffentlichen Unternehmen und Betreibern kritischer Infrastrukturen Beratungsleistungen an. Aber auch die Sensibilisierung der Bürger im Land für das Thema IT-Sicherheit und deren Beratung gehören zu den Aufgaben der Beschäftigten des LSI.

Aufgrund dieses Aufgabenschnitts und der entsprechenden Expertise ist das LSI auch an der sogenannten Cyberabwehr Bayern beteiligt, einem Verbund verschiedener bayerischer Behörden zur Koordination im Bereich der Cybersicherheit.

bfg von Anfang an in gutem Kontakt

Die bfg unterhält zum LSI, dessen Personalräten und Präsidenten von Anfang an einen guten Kontakt. Im Rahmen seiner letzten in Nürnberg bot sich nunmehr aber für den gesamten Landesvorstand die Möglichkeit, das Landesamt für Sicherheit in der Informationstechnik zu besuchen. Dabei nahm sich Präsident Bernd Geisler die Zeit, die Vorstandsmitglieder über die Arbeit des LSI zu informieren. Er gab dazu auch einen Einblick über die Gefahrenlage und die Entwicklungen „im Netz“, die für Laien unvorstellbare Dimensionen erreicht haben und exponentiell wachsen.

Präsident Bernd Geisler zeigt Dimensionen auf

So spricht man inzwischen von 1,5 Mrd. Malware und „unerwünschten Anwendungen“ im Netz, wobei jede Sekunde 3,4 neue dazu kommen! Einen Eindruck über die Entwicklung gibt auch die Anzahl veröffentlichter Schwachstellen (CVE), die bei 50.000 angekommen ist. Dabei geht es für das LSI darum, vor neuen Schwachstellen über den eigenen Warn- und Informationsdienst WID möglichst schnell zu warnen, damit die Nutzer Software-Aktualisierungen vornehmen können.

Mit welchen Dimensionen wir konfrontiert sind, zeigt sich auch daran, dass von der 1 Mrd. Mails ins bayerische Behördennetz im Jahr 2025 mehr als 80 % sogenannte „Threat Mails“ waren, also gefährliche Mails, die Schaden anrichten können und wollen. Ihre Zustellung wird vom LSI geblockt.

KI erleichtert es Kriminellen

Präsident Geisler zeigte den Vorstandsmitgliedern der bfg aber auch

auf, wie einfach es inzwischen ist, sich im Netz kriminell zu betätigen. So müsse heute niemand mehr selbst Schadsoftware programmieren, man finde die fertigen Tools zum Mieten und Erwerben im Internet, die Anleitungen mit dazu. Ganze Austausch-Plattformen seien inzwischen entstanden, auf denen Hacking-Tools verbreitet und kompromittierende Infrastruktur innerhalb kürzester Zeit erworben, verkauft und getauscht werden. So zähle die Cyberkriminalität inzwischen zu den profitabelsten illegalen „Branchen“. Dabei würden die Angriffstaktiken immer methodischer und angesichts der Möglichkeiten der KI immer innovativer. Die KI eröffne hier ganz neue Möglichkeiten für Cyberkriminelle – ganz ohne Vorkenntnisse! So sei KI in der Lage Phishing-Mails und Webseiten zu erstellen, „menschliche“ soziale Gespräche per Chat zu führen, Malware zu erstellen und zu verteilen, Sicherheitslücken zu suchen und zu finden, über Social-Engineering Opfer zu finden, gefälschte Dokumente, Rechnungen und Zahlungsaufforderungen zu erstellen und einiges mehr!

Im Lagezentrum – oder neu: Cyber Defence Center

Bei einem Rundgang durch das LSI-Gebäude führte Präsident Geisler die Vorstandsmitglieder dann auch noch in das „Allerheiligste“ des LSI: das Cyber Defence Center. Das Cyber Defence Center (CDC) ist die zentrale Anlaufstelle für alle IT-Sicherheitsvorfälle, Verdachtsfälle und Auffälligkeiten. Im CDC werden täglich rund 2,7 Milliarden Datensätze automatisiert ausgewertet.

Fazit: ein interessanter Besuch im jüngsten Landesamt des Finanzressorts mit vielen wichtigen Informationen und Eindrücken!

Strukturoptimierung:

„Erst weiter machen, wenn die wichtigsten Grundlagen geschaffen sind und sich zumindest eine kurze Zeit bewährt haben!“

Wenn Sie diese Ausgabe der bfg-Zeitung in Ihren Händen halten, werden Sie längst wissen, was Finanzminister Albert Füracker am 11. Mai bei der diesjährigen Amtsleitertagung zur „Strukturoptimierung“ gesagt oder verkündet hat. Redaktionsschluss dieser Ausgabe aber ist der 1. Mai. Wir wissen es also noch nicht. Zu befürchten ist, dass sich der Minister von der bfg nicht hat davon abbringen lassen, seinen Führungskräften eine baldige Ausweitung der Reform auf andere Regionen zu verkünden. – Gegenüber den Mitgliedern des bfg-Landesvorstands hatte er dazu schon einmal vom 1.1.2027 gesprochen ...

Die bfg hatte seit Längerem gefordert, erst weiterzumachen, wenn die wichtigsten Grundlagen für ein Arbeiten in der neuen Ämterstruktur geschaffen sind und sich zumindest eine kurze Zeit auch bewährt haben. Nur dann könne man den Beschäftigten doch guten Gewissens gegenüber-

treten und nur dann könne man verhindern, dass man Fehler oder falsche Entwicklungen multipliziert. Nachdem eine IT-Plattformkonsolidierung in den drei Mittelfränkischen Ämtern erst zum Jahresende beginnen wird und sich auch IKONOS erst in der – immerhin erfolgreichen! – Ausrollung befindet, sei man eben noch nicht so weit. Damit ist bis auf Weiteres ein standortübergreifendes Arbeiten nicht möglich. Damit ist man bis auf Weiteres auch nicht in der Lage, organisatorische Entscheidungen so zu treffen, wie man sie treffen könnte, wenn die technischen Möglichkeiten vorhanden wären. So drohen letztlich aus diesem Defizit heraus Festlegungen, die einem zentralen Ziel der Reform entgegenlaufen, nämlich einen Gutteil der Personalentscheidungen losgelöst vom Standort treffen zu können.



Qualität vor Schnelligkeit

Mit dieser Frage hat sich bfg-Vorsitzender Gerhard Wipijewski auch in seiner Kolumne SEITE 3 in der April-Ausgabe beschäftigt und seine Position mit einem Minister-Zitat von der Amtsleitertagung des Jahres 2025 auf den Punkt gebracht: „Qualität vor Schnelligkeit!“

Dies entspricht auch der Position des Hauptpersonalrats sowie der beiden Bezirkspersonalräte beim Landesamt für Steuern.

Dies entspricht im Übrigen auch der Überzeugung ganz vieler Amtsleiter und Führungskräfte der Steuerverwaltung, auch wenn sie dies einem Minister oder Finanzpräsidenten leider so nicht sagen. Diese zwei Jahre, seitdem im Juni 2024 der Minister seine Amtsleiter zu einer Diskussion über die Situation der Finanzämter eingeladen hatte und dabei den ein-

Personalratsschulungen – auch für Nicht-Mitglieder!

Erstmals gewählte Mitglieder im Personalrat haben nach Art. 46 Abs. 5 BayPVG Anspruch auf fünf Tage Schulung im Personalvertretungsrecht. Die bfg bietet unabhängig von einer Gewerkschaftszugehörigkeit entsprechende Schulungen an. In den Grundschulungen Teil I werden zunächst notwendige Grundkenntnisse der Personalratsarbeit vermittelt.

Link zur Anmeldung:
Der Link zur Schulungsübersicht und Anmeldung wird demnächst freigeschaltet:



Grundschulungen Teil I werden an den folgenden Terminen angeboten:

- 28.09. - 30.09.2026 in Bad Windsheim
- 05.10. - 07.10.2026 in Bad Windsheim
- 12.10. - 14.10.2026 in München
- 19.10. - 21.10.2026 in München
- 26.10. - 28.10.2026 in Bad Windsheim
- 09.11. - 11.11.2026 in Bad Windsheim
- 16.11. - 18.11.2026 in München
- 23.11. - 25.11.2026 in München
- 30.11. - 02.12.2026 in Bad Windsheim
- 07.12. - 09.12.2026 in München



hellen Wunsch einer Strukturreform erkannt hatte, brachten auch deshalb immer wieder Momente, in denen Minister und Verwaltungsspitze den bfg-Vertretern massive Vorhaltungen machten. Vorhaltungen, es sei immer nur die bfg, die Probleme sehe. Alle anderen Beteiligten seien mehr als zufrieden mit den Entwicklungen.

bfg sieht keinen Zeitdruck

Die bfg bleibt dabei: wir halten es für einen Fehler, die Reform auch ohne die entsprechenden Erfahrungen auszuweiten. Wir erkennen auch keinen Zeitdruck – auch wenn der Minister sagt, er wolle die Reform umsetzen, bevor ihm die Staatskanzlei – Stichwort „Staatsreform“ – eine Reform nach deren Vorstellung aufs Auge drücke. Dafür sind wir heute doch schon viel zu weit! Und damit droht uns auch keine Reform von außen durch eine Beratungsunternehmen mehr.

Die Beschäftigten müssen im Mittelpunkt stehen

Für die bfg standen bei dieser Reform von Anfang an natürlich die Beschäftigten im Mittelpunkt. Deshalb durfte das Ganze keine Reform gegen die Beschäftigten werden. Deshalb waren Versetzungen und Zuweisungen gegen den Willen der Beschäftigten völlig indiskutabel. Es galt nach

unserer Überzeugung vielmehr eine Struktur zu erreichen, die auch auf lange Sicht Standortschließungen verhindert, zugleich aber auch die Möglichkeit bereithält, zur Übernahme anderer Aufgaben, zur persönlichen Entwicklung und Beförderungen nicht zwingend die Standorte zu wechseln. Gerade diesen Punkt hat der Minister früh aufgenommen und vor einem Jahr verkündet, es solle jede Aufgabe von jedem Standort aus erledigt werden können und so die Notwendigkeit zu Beförderungsversetzungen entfallen. Wir haben deshalb von Anfang an maximale Flexibilität in der Organisation gefordert. Wir haben aber auch deutlich gemacht, dass die neue Struktur auf die Schnelle weder unsere IT-Probleme löst, noch größere Effizienzgewinne erwarten lässt. Die bfg sieht den organisatorischen Nutzen erst mittelfristig.

Nachwuchsgewinnung

Von großer Bedeutung war für uns auch die Sicherung der Nachwuchsgewinnung und der Ausbildung. Deshalb hat für uns auch der Standort als eine Einheit eine große Bedeutung und wir bedauern sehr, dass Standortleitungen in ihrer Stellung sehr viel stärker beschnitten werden, als das vor einem Jahr angedacht war.

Leider ist es uns bisher auch nicht gelungen, Maßnahmen zum dauerhaften Erhalt der Attraktivität der QE 4 zu erreichen. Das Schweigen Betroffener ist hierbei auch keine Hilfe und die Verwaltungsspitze bestreitet, dass es hier zu Problemen kommen könnte.

Mehrwert für die Beschäftigten

Als Mehrwert für die Beschäftigten sehen wir die verbesserte IT-Ausstattung mit SINA-Laptops an, die ein wesentlich flexibleres Arbeiten ermöglicht, und nicht zuletzt das vereinbarte Stellenhebungskonzept, das 100 Hebungen von A 8 nach A 9+AZ, 100 Hebungen von A 8 nach A 10, 200 Hebungen von A 11 nach A 12, 200 Hebungen von A 12 nach A 13 und 200 Hebungen von A 13 nach A 13+AZ enthält. Daraus können bis zu 1.100 zusätzliche Beförderungen entstehen. Dazu kommen in Mittelfranken zusätzliche mQ 14-Möglichkeiten aus dem Art. 6d HG des Nachtragshaushalts 2025. Diesen Ansatz will die bfg natürlich auch bei den kommenden Optimierungsregionen fortsetzen.

Seit Beginn des Reformprojekts haben wir Sie regelmäßig in der bfg-Zeitung auf dem Laufenden gehalten. Hier ein Überblick.

Ausgabe	Artikel	Sachstand der Strukturreform
11/2024 S.1 & 2	Intensiver Austausch mit Finanzminister Füracker	Erstmalige Frage nach einer Reform der Finanzämterstruktur. Hintergrund ist, dass das Finanzministerium sich bereits seit einigen Wochen mit der Frage beschäftigt, ob die Struktur der bayerischen Finanzämter noch zeitgemäß ist.
05/2025 S.1 & 2	Minister Füracker kündigt „Struktur-optimierung“ an!	Der Minister kündigt bei der Tagung Finanzamtsleiter in Ansbach an, die Struktur der Finanzämter optimieren zu wollen.
05/2025 S.3	Seite 3	Einführende Einschätzung
06/2025 S. 8 & 9	Strukturreform der Finanzämter in Mittelfranken	Aktueller Sachstand zur Strukturoptimierung – geplant mit 3 Finanzämtern in Mittelfranken bei Erhalt der Standorte und maximaler Flexibilität.
07/2025 S. 15	Strukturreform der Finanzämter in Mittelfranken	Was gibt es Neues? Unter anderem die Namen der neuen Finanzämter und welche ehemaligen Ämter darin „aufgehen“
10/2025 S. 2	„Die Lage ist ernst! Die Herausforderungen sind groß!“	Im Ministergespräch wurde unter „Strukturreform: maximale organisatorische Flexibilität“ die Erwartungshaltung der bfg klargemacht.
10/2025 S. 6 – 8	Strukturreform der Finanzämter	Detaillierter Bericht zum Stand der Dinge bei der Strukturreform
12/2025 S. 10 – 12	Strukturoptimierung der Finanzämter startet zum 1.1.26	Detaillierter Bericht zum Stand der Dinge bei der Strukturoptimierung
01-02/2026 S.6	Finanzämter-Strukturoptimierung	Spitzengespräch der bfg mit dem Finanzminister
01-02/2026 S. 14 – 16	Strukturoptimierung der Finanzämter zum 1.1.26 gestartet	Detaillierter Bericht zum Stand der Dinge bei der Strukturoptimierung
03/2026 S. 7	Finanzämter-Strukturreform: AStQ4 diskutiert im Finanzministerium	Bericht aus der Diskussion des bfg-Arbeitskreises AStQ4 mit den Vertretern des Finanzministeriums
04/2026 S. 3	Seite 3	Qualität vor Schnelligkeit
04/2026 S. 6	Harte, aber faire Debatte mit Finanzminister Albert Füracker	Im Ministergespräch wurde unter „Strukturreform bleibt eines der großen Zukunftsthemen“ die Sachlage dargestellt. Auch wird eine Ausweitung bereits zum 1.1.27 in den Raum gestellt.
04/2026 S. 16	News	Austausch mit Führungskräften in der Pilotregion

Besoldungsanpassung & Berufsbeamtentum Im Gespräch mit den Abgeordneten Alfred Grob und Wolfgang Fackler

Seitdem Ministerpräsident Söder und Finanzminister Füracker im vergangenen Herbst verkündet haben, sie beabsichtigten den Tarifabschluss des TV-L erst mit jeweils 6-monatiger Verzögerung auf die Beamtenschaft zu übertragen, haben unzählige Gespräche zwischen Vertretern von bfg und BBB und politischen Mandatsträgern stattgefunden. Zudem hat sich die bfg auch schriftlich an Abgeordnete der Regierungsfractionen gewandt. Nachdem die Staatsregierung auch in den letzten Wochen bei ihrer kompromisslosen Haltung geblieben war, hat sich bfg-Vorsitzender Gerhard Wipijewski im Bayerischen Landtag mit zwei Abgeordneten getroffen, die zu den wichtigsten zählen, wenn es um den öffentlichen Dienst geht.

Dies war zum einen Alfred Grob, der in der CSU-Fraktion den Arbeitskreis für Fragen des Öffentlichen Dienstes leitet und im Landtag als stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes amtiert, und zum anderen Wolfgang Fackler, der von 2018 bis 2023 den Vorsitz im ÖD-Ausschuss innehatte und seither als Bürgerbeauftragter der Staatsregierung fungiert.

Der bfg-Vorsitzende machte deutlich, dass bei den Beschäftigten nicht nur große Enttäuschung herrscht angesichts der angekündigten Besoldungsverschiebung, sondern geradezu Entsetzen. Entsetzen, weil die Beschäftigten seit einem Jahrzehnt in einer Krisensituation unter schwierigen Bedingungen mit erheblichen Aufwandszuwächsen arbeiten, dafür nie eine finanzielle Belobigung bekommen haben, jetzt aber als Erste bei Sparmaßnahmen dran glauben müssen. Entsetzen aber auch, weil es nur schwer erträglich ist, wie die Staatsregierung die Einsparungen bei der Beamtenschaft öffentlich vor sich hertrage und sich gleichzeitig für Rekordausgaben in allen möglichen Bereichen lobe.

Wipijewski zeigte auf, dass in den letzten 10 bis 15 Jahren die Aufgaben in der Finanzverwaltung gewaltig zugenommen haben und faktisch mit



Der bfg-Vorsitzende mit Zahlen und Tabellen beim Gespräch mit den Abgeordneten

der gleichen Personalausstattung bewältigt werden. Da schmerze es zu erleben, wie große Teile des Landtags populistischen Vorstellungen vom öffentlichen Dienst und der Beamtenschaft nachhängen. „Viele tun so, als seien wir irgendwelche Dödel – aber wir haben uns nach guten Schul- und Studienabschlüssen nach der verfassungsrechtlichen Bestenauslese für unsere Aufgaben qualifiziert. Und gerade in der Finanz und der IT könnten die meisten von uns in der Privatwirtschaft viele zehntausend Euro mehr verdienen,“ so der bfg-Vorsitzende.

Die beiden Abgeordneten bestätigten, dass es bei Vielen erhebliche Ressentiments gebe und ein Beitrag der Beamtenschaft zum Haushalt gefordert wurde. Ihnen sei aber klar, dass es damit jetzt auch gut sein müsse. Denn man brauche einen starken öffentlichen Dienst, auf den man in Bayern nicht zu Unrecht so stolz sei. Im Übrigen sei die CSU die Partei in Bund und Land, die für den Erhalt des Berufsbeamtentums ohne Wenn und Aber eintrete. Man solle sich von den Anträgen der Opposition in Sachen Besoldung nicht täuschen lassen.

Der bfg-Vorsitzende machte weiter deutlich, für wie ernst er die Entwicklung halte. Die Enttäuschung der Kolleginnen und Kollegen über diese ungerechte und als völlig populistisch empfundene Behandlung sei so groß, dass man befürchten müsse, es kom-

me zu einem Rückzug der Beamtinnen und Beamten ins Private, wogegen sich bisher sehr viele vehement für diesen Staat und die gesellschaftliche Mitte eingesetzt haben. Die Folgen eines solchen Rückzugs werden sehr viel drastischer sein, als wenn der eine oder andere künftig ins extreme Lager wechseln würde. Denn mit einem solchen Rückzug fallen die Multiplikatoren für eine vernünftige maßvolle Politik der Mitte weg. Der Schaden wird zunächst die CSU treffen, mittelfristig aber alle Parteien der Mitte. Die CSU sollte aus den Niederlagen bei den Stichwahlen zu Oberbürgermeister- und Landratswahlen eigentlich schnellstens lernen, denn mit Unterstützung der Beamtenschaft hätte sie mindestens ein halbes Dutzend dieser Wahlen nicht verloren.

Wipijewski prophezeite: wenn das Berufsbeamtentum untergeht – rechtlich-tatsächlich oder auch nur faktisch-qualitativ – dann werde auch die politische Mitte untergehen ... Man sitze im gleichen Boot.

Deshalb müsse es jetzt auch darum gehen, wieder zueinander zu finden. In diesem Punkt jedenfalls waren sich die Gesprächspartner einig. Wipijewski betonte weiter, dass bei der Besoldung immer noch Kompromisse denkbar seien. Zudem biete auch die Entlastungsprämie eine Möglichkeit zur Kompensation.

Eingabe der Bayerischen Finanzgewerkschaft bfg zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Anpassung der Bezüge 2026/2027/2028

Grundlage für Bezügeanpassung: Der TV-L-Abschluss

Seitdem vor rund zwei Jahrzehnten die Zuständigkeiten über die Regelung beamtenrechtlicher Fragen weitgehend auf die Länder übergegangen sind, folgt die Anpassung der Bezüge für die Beamtenschaft in Bayern regelmäßig auf den Abschluss der Verhandlungen über den Tarifvertrag für die Beschäftigten der Länder (TV-L). Dieser Abschluss erfolgte am 14. Februar 2026 und sieht bei einer Laufzeit von 27 Monaten vom 1.11.2025 bis zum 28.2.2028 insbesondere lineare Erhöhungen der Entgelte zum 1.4.2026 i.H.v. 2,8 %, zum 1.3.2027 i.H.v. 2,0 % und zum 1.1.2028 i.H.v. 1,0 % vor.

Traditionell erfolgt nach dem Tarifabschluss eine mediale Reaktion der Bayerischen Staatsregierung hinsichtlich der entsprechenden Anpassung der Bezüge für die Beamtinnen, Beamten und Ruhegehaltsempfänger in Bayern. – Nicht so in dieser Einkommensrunde!

Vorab-Positionierung der Staatsregierung

Dieses Mal erklärte der Bayerische Ministerpräsident bereits am 11. November 2025 nach Abschluss der Kabinettsklausur zum anstehenden Doppelhaushalt 2026/2027, man werde die Ergebnisse der bevorstehenden Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der Länder in den Jahren 2026 und 2027 nur mit einer Verzögerung von jeweils sechs Monaten auf den Beamtenbereich übertragen. Diese Ankündigung erfolgte, als die Gewerkschaften noch nicht einmal ihre Forderungen für die bevorstehende Tarifrunde bekanntgegeben hatten. Dies erfolgte dann am 17. November. Die Tarifverhandlungen begannen am 3. Dezember 2025.

Ministerpräsident Söder hat in seiner Öffentlichkeitsarbeit hinsichtlich des Doppelhaushalts von 2 Mrd. Einsparung „beim Staat“ gesprochen und Rekordausgaben in vielen Bereichen herausgestellt. Finanzminister Füracker und andere Mitglieder der Regierungskoalition haben darauf verwiesen, dass nur mit dieser Einsparung bei der Besoldung – später war dann von einem Umfang von 600 Mio. die Rede – ein ausgeglichener Haushalt zu erstellen sei.

DHH und Bezügeanpassungsgesetz

Entsprechend diesen Ankündigungen wurde seitens der Bayerischen Staatsregierung der Doppelhaushalt 2026/2027 erstellt und Ende April vom Bayerischen Landtag verabschiedet. Auch der vorgelegte Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung der Bezüge folgt der Ankündigung vom Herbst und sieht eine um zweimal 6 Monate verzögerte Anpassung der Bezüge erst zum 1. Oktober 2026 und zum 1. September 2027 vor.

bfg fordert Gleichklang mit Tarifergebnis und weist Begründung der Staatsregierung zurück

Die Bayerische Finanzgewerkschaft bittet die Abgeordneten

des Bayerischen Landtags als Besoldungsgesetzgeber entgegen dem Entwurf der Staatsregierung die Beamtenbezüge im Gleichklang mit dem Tarifergebnis anzupassen.

Denn die Begründungen für eine Verzögerung, die die Vertreter der Staatsregierung seit November 2025 vorgebracht haben, weist die Bayerische Finanzgewerkschaft zurück!

Begründung 1: Ausgeglichener Haushalt

Nur mit der Einsparung von 600 bis 700 Millionen in der Beamtenbesoldung sei ein ausgeglichener Haushalt herzustellen, so zusammengefasst die Aussagen. Die bfg hält dem nicht nur entgegen, dass dafür auch andere Maßnahmen möglich gewesen wären, sondern vor allem, dass der vorgelegte Entwurf für die Bezügeanpassung mit seinen veranschlagten Mehrausgaben von 172,5 Mio. Euro für 2026 und 858,8 Mio. Euro für 2027 (je gegenüber dem Ansatz für 2025) deutlich hinter den Ansätzen im Doppelhaushalt zurückbleibt! – Dies ist auch nicht verwunderlich, wurden die Ansätze doch in Unkenntnis des Tarifabschlusses, ja sogar in Unkenntnis der Tarifforderungen erstellt; quasi eine Gleichung mit mehreren Unbekannten.

So weist der beschlossene Doppelhaushalt in der Summe der Gruppennummern 422 und 432 in der Summe Bezüge für Beamte, Richter und Versorgungsempfänger von 23.321,5 Mio. Euro auf und damit 929,4 Mio. Euro mehr als für 2025 im Haushalt veranschlagt. Für das Jahr 2027 ergeben sich 23.795,8 Mio. Euro und damit 1.403,7 Mio. mehr gegenüber 2025. Die Differenz zwischen den Ansätzen im gerade beschlossenen Doppelhaushalt und den Werten des Bezügeanpassungsgesetzes liegen damit für das Jahr 2026 bei 756,9 Mio. Euro und für das Jahr 2027 bei 544,9 Mio. Euro!

Selbst wenn man eine gewisse Steigerung des Personal-Ist annimmt (in der Finanz und anderswo sind wir aber auf absteigendem Ast!) bieten die Ansätze im Doppelhaushalts genügend Spielraum für eine Anpassung der Beamtenbesoldung im zeitlichen Gleichklang mit dem Tarifergebnis, zumal sich im Vollzug des Haushaltsjahres 2025 mit den um 4 Mrd. Euro erhöhten Erbschaftsteuereinnahmen allein hieraus eine für den Nachtragshaushalt 2027 zur Verfügung stehende Rücklage in Höhe von 1,6 Mrd. Euro ergeben dürfte.

Begründung 2: Auch die Beamten müssen einen Beitrag leisten

Auf die Gegenfrage an Vertreter der Staatsregierung und der Regierungsfractionen, wer denn auch einen Beitrag leisten müsse, haben wir zur Antwort bekommen, die Familien, denen das Familiengeld gestrichen werde (tatsächlich umgewidmet).

Zum Familiengeld stellt die bfg fest: der Freistaat Bayern hat es vor wenigen Jahren zusätzlich eingeführt. Die Beweggründe seien dahin gestellt ... Wenn man es jetzt streicht oder die Mittel direkt für die Betreuung der Kinder verwendet, ist das etwas anderes, als wenn man der Beamtenschaft das vorenthält, was man von einem guten Arbeitgeber erwarten kann:



dass er nämlich seinen Beschäftigten die tariflich vereinbarte Gehaltserhöhung zukommen lässt. Denn die Beamtenschaft hatte zuvor nichts zusätzlich erhalten!

Und: Von der Streichung des Familiengeldes sind die Familien der Beamtinnen und Beamten in gleicher Weise betroffen!

Begründung 3: Wir müssen sogar fast alle Rücklagen auflösen

Als Sparbeitrag der Allgemeinheit wurde uns das Erfordernis genannt, 5,2 Mrd. Euro den Rücklagen zu entnehmen. Diesen Aspekt kann man allerdings auch etwas anders betrachten:

Die tatsächliche Personalausstattung der verschiedenen Bereiche des Öffentlichen Dienstes beim Freistaat Bayern ist seit Jahren so weit hinter den im Haushalt bewilligten Mitteln und Stellenansätzen zurückgeblieben, dass Jahr für Jahr Mittel in erheblicher Größenordnung den Rücklagen zugeführt werden konnten bzw. mussten. Allein in den letzten 10 Haushaltsjahren (2015-2024) machen diese bei den Personalausgaben eingesparten Mittel 5.634,6 Mio. Euro – oder griffiger: mehr als 5,6 Mrd. Euro!

Diese 5,6 Mrd. Euro spiegeln letztlich pekuniär das wider, was die vorhandenen Beschäftigten in 10 Jahren für die nicht vorhandenen „Kolleginnen und Kollegen“ mitgearbeitet haben, ohne dafür einen finanziellen Ausgleich zu erhalten!

Und dafür soll ihnen jetzt auch noch die Bezügeanpassung vorenthalten werden?

Begründung 4: Zahlreiche Verbesserungen der letzten Jahre

Von diesen zahlreichen Verbesserungen ist uns nichts bekannt!

Betrachtet man die letzten 10 bis 15 Jahre, stellt die bfg fest, dass die Tarifiergebnisse auf die Beamtenschaft übertragen worden sind. Das sollte eine Selbstverständlichkeit sein, oder etwa nicht? Die bfg stellt weiter fest, dass der Bayerische Landtag beschlossen hat, die Besoldung der Grund- und Mittelschullehrer nach A 13 anzuheben. Davon profitiert außer den betroffenen Lehrern niemand. Im Gegenteil: diese Maßnahme hat das Besoldungsgefüge im öffentlichen Dienst durcheinandergebracht und für viel Ärger gesorgt.

Die Besoldungsreform des Jahres 2023 war zwingend erforderlich, um den verfassungsrechtlichen Vorgaben der Karlsruher Richter in den Entscheidungen vom Mai 2020 gerecht zu werden. Dabei erfolgte die Anpassung der Besoldungstabelle auf absolutem Mindestmaß! Dabei ergaben sich zwar Verbesserungen für Familien mit Kindern insbesondere im großstädtischen Bereich, diese wurden und werden aber zum Teil gegenfinanziert durch Verschlechterungen bei anderen Personengruppen und durch faktische zeitliche Befristungen! Und vor allem: eine Verfassungsmäßigkeit dieser Regelungen war schon damals nur dann gegeben, wenn der Ansatz des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen und für Heimat von Karlsruhe akzeptiert wird, dass nämlich der Besoldung ein fiktives Partnereinkommen zugrunde gelegt wird. – Dies

bedeutet, dass, gleich, ob der Partner/die Partnerin des Beamten etwas verdient und ggf. wieviel, schon damals unterstellt wurde, es seien brutto mindestens rund 20.000 Euro im Jahr. Damit ist Bayern bis heute das Bundesland, das den höchsten Partnerverdienst unterstellt und dabei zudem keine Ausnahmen vorsieht!

Wenn diese Fiktion der Bayerischen Staatsregierung vor dem Bundesverfassungsgericht (insbesondere auch wegen der Höhe und der Ausnahmslosigkeit) nicht standhält, hat Bayern mindestens seit 2023 eine verfassungswidrig zu niedrige Besoldung. Mit der jüngsten Karlsruher Entscheidung vom September 2025 haben sich die Verhältnisse tendenziell noch verschärft.

Die Zeiten, da Bayern den anderen Bundesländern in der Bezahlung seiner Beamten voraus war und mit der Frage der Verfassungsmäßigkeit der Alimentation nichts zu schaffen hatte, sind längst vorbei. Dass sich die Gesetzesbegründung zu diesem Entwurf allein darauf stützt, es ergebe sich nach den Berechnungen des Finanzministeriums (!) keine Verfassungswidrigkeit, macht einen stolzen bayerischen Beamten sprachlos!

Der Freistaat Bayern ist das mit Abstand reichste Bundesland, ist das Bundesland, in dem 95 % aller Menschen leben, die unter den Mietpreisen der Mietstufe VII leiden; Bayern ist zusammen mit Baden-Württemberg und Hessen das Land mit den höchsten Durchschnittsgehältern im Land und hat mit seiner Hauptstadt München die teuerste Stadt Deutschlands, in der die Durchschnittsmiete für eine 90 m²-Wohnung 700 Euro mtl. höher liegt als in der zweit teuersten Stadt Frankfurt am Main. Dieser Freistaat Bayern besoldet seine Beamtenschaft nun so, dass es – falls die Fiktionen des Finanzministeriums halten – gerade noch so den Mindestanforderungen des Bundesverfassungsgerichts entspricht!

Der öffentliche Dienst und die Finanzverwaltung in Bayern – einige Fakten

- Die Einstellung der Beamtinnen und Beamten erfolgt mit Verfassungsrang im Wege der Bestenauslese!
- Sowohl im mit Abstand größten Personalkörper, dem Schulbereich, wie auch in der Finanzverwaltung herrschen Personalnot.
- So ist es in den zurückliegenden Jahren nicht gelungen, die benötigten Nachwuchskräfte für die Einstellung zur Ausbildung in der QE 2 und zum Studium in der QE 3 zu gewinnen. Auch für die QE 4 mussten die Mindestanforderungen gesenkt werden.
- Die mediale Diskussion um eine ausufernde Bürokratie geht an den Verhältnissen im staatlichen Bereich im Freistaat Bayern vorbei. – Wo im Bund und im kommunalen Bereich aus den unterschiedlichsten Gründen die Verwaltungen erheblich ausgebaut worden sind, kann davon beim Freistaat überhaupt nicht die Rede sein: Zwar wurden durch den Bayerischen Landtag in den vergangenen 15 Jahren 48.000 neue Stellen für Beamte, Richter



und Arbeitnehmer geschaffen, diese entfallen aber nahezu vollständig auf die Bereiche Bildung, Wissenschaft und Sicherheit. Die Zahl der Haushaltsstellen im Bereich der Verwaltungen ist in diesem Zeitraum praktisch unverändert geblieben, obwohl die Einwohnerzahl Bayerns in diesem Zeitraum um nahezu 1 Mio. zugenommen hat.

- Nachdem der Oberste Rechnungshof 2012 auf der Basis der Zahlen des Jahres 2010 festgestellt hatte, dass es mit der misslichen Personalausstattung der Finanzämter so nicht mehr weitergehen dürfe, lässt sich heute sagen: die Zahl der Beamten und Arbeitnehmer liegt heute um weniger als 500 über dem damaligen niedrigsten Stand, was einem Plus von 3 % entspricht. Im gleichen Zeitraum hat sich die Zahl der Steuerfälle – ohne die Grundsteuerreform – um etwa 40 % erhöht. Zusätzlich musste mit der Grundsteuerreform eine Jahrhundertmaßnahme bewältigt werden und die Corona-Pandemie hat durch Gesetzesänderungen zu einem bis heute zusätzlichen Arbeitsaufwand geführt.
- Ähnliche Entwicklungen ließen sich auch für den Bereich der Staatsfinanz und der IT darstellen.
- Die Beschäftigten in diesen Bereichen stehen in direkter Konkurrenz zur Privatwirtschaft. Sie sind als Steuer-, Finanz- und IT-Experten auch außerhalb des Öffentlichen Dienstes äußerst begehrt! Junge Betriebsprüfer werden Jahr für Jahr beispielsweise mit Anfangsgehältern abgeworben, die beim Dreifachen ihrer Oberinspektorenbezüge liegen.
- Die Personalkostenquote im Staatshaushalt ist heute niedriger als vor 15 Jahren. – Sie ist mit 39 % nur aus zwei Gründen überhaupt so relativ hoch: zum einen, weil der Freistaat im Vergleich zu den anderen Bundesländern nahezu keinen Schuldendienst hat. Hätten wir auch nur die Hälfte der Schuldenaufnahme von NRW, wäre unsere Personalkostenquote um einen Prozentpunkt niedriger. Und: der Freistaat Bayern hat sich eben diese zusätzlichen 48.000 Beamten-, Arbeitnehmer- und Richterstellen geleistet.
- Die Besoldungsentwicklung der bayerischen Beamtenschaft ist in den vergangenen 15 Jahren deutlich hinter der Entwicklung des Haushaltsvolumens zurückgeblieben.
- Die Besoldungsentwicklung in Bayern hat seit 1996 noch nicht einmal mit der Entwicklung des Nominallohnindex Schritt gehalten.
- Die Begründung zu diesem Gesetzentwurf zeigt, dass in Teilbereichen der Besoldung in Bayern weitere Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts nicht erfüllt sind!
- Die Beamtenschaft leidet seit einem Jahrzehnt unter exorbitanten Beitragsanhebungen der Privaten Krankenkassenversicherer. So wurden bei vielen Beamten in den letzten Jahren die Besoldungserhöhungen weitgehend durch die Steigerungen der Krankenkassenbeiträge aufgezehrt. Auch daher gibt es keine Veranlassung für eine Verzögerung der Besoldungsanpassung.
- Im Fokus der Öffentlichkeit stehen regelmäßig auch unsere Beamtinnen und Beamten im Ruhestand. Auch zu ihnen

und den Rentnerinnen und Rentnern einige Zahlen. Während von 2015 bis 2025 die gesetzlichen Altersrenten West um 42,5 % gestiegen sind, waren es bei Besoldung und Ruhegehalt nur 34,1 % (in A 11; darunter etwas mehr, darüber weniger). Jetzt wurde beschlossen, die gesetzliche Rente zum 1. Juli 2026 um 4,24 % zu erhöhen – auf die Anpassung ihrer Ruhegehälter um 2,82 % müssen die Kolleginnen und Kollegen nach diesem Entwurf bis 1. Oktober 2026 warten.

- Ein Blick noch zu den Steuereinnahmen. Die sind in Bayern – gleich welchen Zeitraum man nimmt – weitaus stärker gestiegen als die Personalausgaben, vom Vergleich mit den Bezügeanpassungen ganz zu schweigen. Beispielsweise sind die Steuereinnahmen in Bayern (Gemeinschaft- und Landessteuern) zwischen dem 1.1.2015 und dem 31.12.2025 um mehr als 66 % gestiegen! Zur Erinnerung: die Besoldung in A 11 um 34 %. Auch im Vergleich zum Vor-Corona-Jahr 2019 steht bei den Steuereinnahmen in Bayern ein Plus von 28 %!

Fazit der bfg

Der Tarifabschluss zum TV-L am 14. Februar diesen Jahres war zum wiederholten Mal hinter dem Abschluss zum TVöD zurückgeblieben, obwohl doch die Kommunen so klamm sind, wie man gemeinhin sagt ... Mit dieser besseren Bezahlung schnappen sie uns aber gerade im Bereich der einfachen Tätigkeiten Personal weg, etwa im Bereich der Schlösserverwaltung oder, wenn wir für die Scanstellen Personal suchen. Aber darum soll es jetzt nicht gehen.

Vielmehr stellt die bfg fest, dass wir mit dem Verhandlungsergebnis vom 14. Februar einen Tarifabschluss haben, der so „maßvoll“ ist mit seinen drei Erhöhungen um 2,8 %, 2,0 % und 1,0 % in 27 Monaten, dass sich für die Beschäftigten die Frage stellt: und das will der Freistaat Bayern seiner Beamtenschaft jetzt auch noch zweimal sechs Monate vorenthalten? Der Freistaat Bayern als das mit Abstand finanzstärkste Bundesland!

Gerade angesichts der fünf „Leermonate“ vom 1.11.2025 bis 30.03.2026 und der weiteren Erhöhung erst 16 Monate nach Laufzeitbeginn am 01.03.2027 stellt sich doch die Frage, ob damit den Sparbemühungen der Bayerischen Staatsregierung nicht Genüge getan ist! Den Beweis, dass man es so bewerten kann, haben wir weiter oben geführt.

Die Bayerische Finanzgewerkschaft bittet die Abgeordneten des Bayerischen Landtags daher, den vorliegenden Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung der Beamtenebezüge nachzubessern und auf eine zweimal sechsmonatige Verzögerung der Anpassung der Beamtenebezüge gegenüber dem Tarifabschluss zu verzichten!

Die bfg hat dargelegt, dass die Arbeitsbelastung, die Personallage und die Besoldungsentwicklung der letzten Jahre eine solche Verbesserung durch Sie als Besoldungsgesetzgeber rechtfertigen.

Vielen Dank!

Im März hatten wir den bundesstaatlichen Finanzausgleich, wie der Länderfinanzausgleich heute eigentlich zutreffend heißt, in den Mittelpunkt der bfg-Zeitung gestellt. Im Titel fragten wir, „Lähmt er unser Land?“ – und die Antwort, die sich jeder selbst darauf geben musste, konnte eigentlich nur lauten: Ja, davon muss man ausgehen! In seiner Seite 3 führte der bfg-Vorsitzende damals dann gleichsam den Beweis, indem er sich mit den hintersten Plätzen Bayerns im Ländervergleich der Personalausstattung der Finanzämter beschäftigte. Daraufhin lud der SPD-Fraktionsvorsitzende im Bayerischen Landtag, Holger Gießhammer, den bfg-Vorsitzenden zu einem Austausch über dieses Thema in das Forum III seiner Fraktion, das sich mit Fragen von „Demokratie, Staat und Kommune“ beschäftigt.

Auch wenn die SPD-Mitarbeiter in Vorbereitung der Gesprächsrunde ein umfangreiches Briefing mit den rechtlichen Grundlagen und Wirkmechanismen des Finanzausgleichs, der bayerischen Normenkontrollklage sowie der Darstellung und Positionierung der bfg erstellt hatten, war es zunächst am bfg-Vorsitzenden, die Position seiner Gewerkschaft darzustellen. Er machte dabei deutlich, dass die Vertreter der Bayerischen Staatsregierung regelmäßig nicht über ein Klagen über eine zu starke Inanspruchnahme Bayerns hinauskommen.

Klagen allein ist zu wenig!

Dies sei bei 11,7 Mrd. und 58 % am Ausgleichssystem zwar verständlich, bringe die Diskussion aber nicht voran. Die bfg gehe deshalb weiter und habe sich gefragt, welche Auswirkungen dieses System eigentlich auf die Länder habe, wenn von zusätzlichen Steuereinnahmen nur ein sehr kleiner Teil im Land verbleibe. Denn die Wirkung auf die einzelnen Länder gehe ja weit über die medial bekannte dritte Stufe des Finanzausgleichs hinaus, der aber allein schon für diesen (zusätzlichen) Abfluss von 11,7 Mrd. aus Bayern verantwortlich ist. So verbleiben einem Geberland bei Mehreinnahmen bei einer Landessteuer zwar immerhin 37 %, bei Gemeinschaftsteuern sei dieser Anteil aber durch die Verteilungsmechanismen auf anderen Ebenen noch viel geringer!

Bundesstaatlicher Finanzausgleich Wipijewski zu Gast bei SPD-Landtagsfraktion



Kein Anreiz für die Länder

Die Folge sei damit doch, dass sich die Führung jedes Landes zwar über höhere Steuereinnahmen freue, auch wenn davon vielleicht nur 15 % im Land verbleiben, ein Anreiz in den Steuervollzug zu investieren, bestehe damit aber nicht! Denn die Kosten dafür verbleiben ja zu 100 % beim sich engagierenden Bundesland!

Dass hier viel im Argen liegt, zeigen die regelmäßig hintersten Plätze Bayerns im Personalranking. Wipijewski sagte aber auch deutlich, dass sich auch andere Bundesländer kaum stärker engagierten. Erst kürzlich hatte die EU-Kommission die in Deutschland hinterzogene Umsatzsteuer auf 31 Mrd. Euro pro Jahr beziffert. Und das ist nur die Umsatzsteuer ...

Halbleib bestätigt unbefriedigende Lage

Haushaltsexperte Volkmar Halbleib skizzierte sodann die Inhalte des Normenkontrollantrags Bayerns vor dem Bundesverfassungsgericht. Er halte die Klage gegen die pauschale Berücksichtigung der Grunderwerbsteuer für bedeutend, weil es hier um viel Geld gehe, das tatsächlich in Bayern aufgrund der niedrigen Steuersätze nie vereinnahmt worden sei. Die Einwohnerveredelung, die die Stadtstaaten massiv begünstige, gehöre für ihn nicht in den Ausgleich zwischen den Bundesländern. Halbleib bekannte sich zum Finanzausgleich, verlangte aber, dass dieser funktionieren müsse, wovon aber kaum mehr die Rede sein könne, wenn Bayern mit 58 % allein mehr als die Hälfte beisteuere.

bfg-Vorschlag eines Anreizsystems

Halbleib wies darauf hin, dass noch

im laufenden Jahr mit einer Entscheidung durch Karlsruhe zu rechnen sei. Er plädierte wie die bfg für eine Schaffung einer Anreizstruktur, damit es sich für Nehmer wie für Geberländer lohne, in den Vollzug von Steuergesetzen zu investieren. Die bfg hatte hierzu vorgeschlagen, Steuermehreinnahmen, die sich aus der Arbeit der Steuerverwaltung ergeben, nicht dem Finanzkraftausgleich zu unterwerfen!

Es geht um wichtige Investitionen!

Der bfg-Vorsitzende sagte, jedes Land müsste eigentlich dankbar sein, wenn es solche Anreize bekäme und sich selber damit etwas zusätzlich erarbeiten könnte, was im Ausgleichssystem nicht sofort wieder gegengerechnet würde. Und bei alledem gehe es ja nicht um eine Erhöhung von Steuern oder die Ausweitung staatlicher Kompetenzen, sondern schlicht um einen Anreiz für die Länder, die Steuergesetze, die in Berlin beschlossen werden, auch nach Kräften zu vollziehen. Kommt dabei mehr Geld herein, können Steuern gesenkt oder Investitionen in Infrastruktur, Bildung oder Sicherheit erhöht werden!

In die anschließende Diskussion brachten sich neben dem Fraktionsvorsitzenden auch die anwesenden Abgeordneten Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl, Christiane Feichtmeier, Horst Arnold und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein. Fraktionsvorsitzender Holger Gießhammer bedankte sich bei der bfg für die Anregungen und versprach, dieses Thema in Berlin anzustoßen.

Popularklage am Bayerischen Verfassungsgerichtshof in Vorbereitung Wie steht es um die Verfassungsmäßigkeit der Besoldung in Bayern?

Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) hatte im vergangenen Herbst wieder einmal über die Verfassungsmäßigkeit der Beamtenbesoldung zu entscheiden. Dabei ging es dieses Mal um die Besoldung der Beamten der Besoldungsordnung A in Berlin, und zwar über die Jahre 2008 bis 2020 (Beschluss vom 17. September 2025, 2 BvL 5/18 u.a.). Die Karlsruher Richter haben dabei neue Parameter für die Beurteilung der Verfassungsmäßigkeit der Besoldungshöhe aufgestellt. Aussagen zur Frage der Berücksichtigung eines Partnereinkommens haben sie nicht gemacht.

bfg und BBB haben in den vergangenen Monaten wiederholt über diese Entscheidung und die möglichen Folgen berichtet und Mitte Dezember 2025 auch die Frage einer möglichen Erhebung von Widersprüchen aufgeworfen; denn, wer seine Besoldung für ein Jahr für verfassungswidrig hält, muss dies bis zum Jahresende geltend machen ... Insgesamt rund 65.000 Beamtinnen und Beamte haben Widerspruch gegen ihre Besoldung 2025 erhoben. – Damit stellt sich jetzt die Frage, wie es weitergehen kann.

Nachdem das Finanzministerium anders als nach den Karlsruher Entscheidungen des Jahres 2020 nicht bereit ist, aufgrund der neuen Rechtsprechung auf die Einrede der Verjährung zu verzichten, müssen sich die Beamtinnen und Beamten nunmehr entscheiden, ob sie gegen ihre Besoldung Widerspruch erheben und nach einer negativen Verbescheidung den Klageweg beschreiten.

Die Widersprüche für das Jahr 2025 will das Finanzministerium bzw. das LfF Mitte des Jahres verbescheiden, sobald die Werte des Statistischen Bundesamts für das Vorjahr vorliegen. Nach allen bisherigen Aussagen hält das Bayerische Staatsministeri-

um der Finanzen und für Heimat die Beamtenalimentation im Freistaat für verfassungskonform, so dass man von einer negativen Verbescheidung der Widersprüche ausgehen muss.

Mit dem Ergehen eines negativen Widerspruchsbescheids bleibt ein Monat zur Klageerhebung beim Verwaltungsgericht. Das ist ohne Rechtsanwalt möglich. Der BBB hat hierzu ein Musterschreiben erstellt, das den bfg-Ortsverbänden zur Weitergabe an seine Mitglieder zur Verfügung steht. Eine Rechtsschutzgewährung über bfg/BBB/dbb ist angesichts der Vielzahl der Fälle ausgeschlossen.

Popularklage

Der BBB wird die aufgeworfenen Fragen im Rahmen einer Popularklage klären lassen. Wer allerdings sicher sein will, dass ihm bis zur Klärung (und das kann dauern) keine Ansprüche verloren gehen, muss selbst tätig werden und nach einem negativen Widerspruchsbescheid Klage erheben.

Wie geht es dann weiter?

Bei der Klageerhebung fällt zunächst ein Gerichtskostenvorschuss in Höhe von rund 500 Euro an. Gleichzeitig wird in den Musterschreiben auf die demnächst anhängige Popularklage verwiesen, was es den Gerichten erlauben würde, die dortige Klärung abzuwarten. Ob ein Richter oder die Richter dazu bereit sind, kann nicht abgeschätzt werden (Richterliche Unabhängigkeit).

Wie sehen die Erfolgsaussichten einer Klage aus?

Das ist schwierig zu sagen. Die vom Bundesverfassungsgericht im Herbst angestellten Berechnungen sind umfangreich und kompliziert. Sie berücksichtigen zahlreiche Faktoren, die immer erst im Laufe des Folgejahres veröffentlicht werden. Falls die 2025er Entscheidung auch die Grundlage für die nächsten Entscheidungen bildet, wäre Folgendes zu prüfen:

Erreicht die Besoldung das von

Karlsruhe im Herbst geforderte Mindestniveau? Falls nicht, läge unweigerlich ein Verstoß gegen das Alimentationsprinzip vor. Als dieses Mindestniveau hat das BVerfG im Herbst 80 % des Median-Äquivalenzeinkommens im jeweiligen Bundesland angesehen. In die Berechnung sind zahlreiche Faktoren einzubeziehen. Soweit sich nicht bereits daraus eine Verfassungswidrigkeit ergibt, wird überprüft, ob die kontinuierliche Fortschreibung der Besoldung über die Jahre hinweg der Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse und des allgemeinen Lebensstandards hinreichend Rechnung getragen wird.

Partnereinkommen

Der Freistaat Bayern hält seine Beamtenbesoldung in der Höhe nicht zuletzt deshalb für verfassungskonform, weil er ein fiktives Partnereinkommen unterstellt. Er hält dies als Ausfluss der 2020er Entscheidungen für rechtens. Dass das BVerfG 2020 die Tür für eine Berücksichtigung eines Partnereinkommens bewusst geöffnet hat, hat der damalige Berichterstatter im Senat, Prof. Dr. Peter Huber, gegenüber dem BBB-Vorstand bestätigt. Ob die bayerische Regelung, die ein Bruttoeinkommen von rund 23.000 Euro unterstellt und keine Ausnahme vorsieht, verfassungskonform ist, bleibt dagegen bis zu einer Entscheidung in Karlsruhe unklar – auch deshalb, weil das BVerfG bereits 2025 Kuränderungen gegenüber 2020 vorgenommen hat.

Erfolgsaussichten? Unklar!

Eine Klage kann jedenfalls für umso aussichtsreicher gelten, je geringer die Besoldung und je geringer das tatsächliche Partnereinkommen bei mindestens zwei Kindern. Wir bitten unsere Mitglieder sich über den Ortsverband weiter auf dem Laufenden zu halten.

250 Euro für dich!*



Mach den **HUK-Check**.



Mehr Infos unter
[huk.de/gs/münchen](https://huk.de/gs/muenchen)

* **Sparen Sie 250 Euro im Schnitt**
durch unseren Versicherungs-Check.
Alles zum HUK-Check jetzt unter huk.de/check



Bayerische
Finanzgewerkschaft

Arbeitnehmer und bfg – eine starke Verbindung, weil ...

... wir Netzwerker sind!

Wir sind in der Tarifkommission der Deutschen Steuer-Gewerkschaft mit einem Sitz vertreten. Dort findet ein Austausch mit den anderen Bundesländern statt. Das heißt, dass die bfg immer einen aktuellen Überblick hat, wie ähnliche Arbeitsbereiche und Eingruppierungen in anderen Ländern ausgestaltet und welche Entwicklungsmöglichkeiten im Tarfbereich geboten werden. Aufgrund der Nähe und Verbindungen zum Deutschen Beamtenbund werden auch die entsprechenden Informationen und alle entscheidenden Entwicklungen für den Tarfbereich der Länder ausgetauscht. Durch unser Engagement in der Tarifkommission beim Bayerischen Beamtenbund können wir uns direkt und konkret für unsere bayerischen Tarifangelegenheiten einsetzen. Die Etablierung der Leistungsprämie für Tarifbeschäftigte ist eines dieser Beispiele, bei denen wir erfolgreich waren. Unsere Anträge für den Tarfbereich sind beim Delegiertentag des Bayerischen Beamtenbundes alle angenommen worden. Jetzt gilt es, diese anzugehen! All das ist nur möglich, wenn man gut vernetzt ist. Und das sind wir!

... wir für alle Beschäftigten eintreten!

Die fortschreitende Digitalisierung beeinflusst zunehmend sämtliche Arbeitsbereiche; deswegen wird sich auch unsere Arbeitswelt sukzessive verändern. Wichtig ist, sobald Tarifbeschäftigte in Bereichen eingesetzt sind, in denen sich die Arbeitsweise und damit gegebenenfalls die übertragenen Tätigkeiten verändern, diese Veränderung auch hinsichtlich tariflicher Eingruppierungen zu betrachten. Darauf haben wir ein Auge.

Darüber hinaus setzen wir uns für Entwicklungsmöglichkeiten im Tarfbereich ein. Die Qualifizierung im ehemaligen Arbeitnehmer- heutigem

ÜVSt-Bereich war eine dieser Möglichkeiten. Zudem haben wir erreicht, dass in der Geschäftsstelle, der Finanzkasse, der Vollstreckungsstelle und neu auch in der EDV-Betreuung mitunter auch Tarifbeschäftigte eingesetzt oder sogar eingestellt werden können! Auch im Landesamt für Steuern werden zunehmend immer wieder Tarifstellen ausgeschrieben. In den Bereichen des Landesamtes für Finanzen oder in der Schlösserverwaltung betrachten wir stets die Entwicklungen und stehen hier in einem guten Austausch. Qualifizierungen und Verbesserungen zu fordern, Nachteile zu verhindern – dafür stehen wir!

... wir beraten und informieren!

Nähe ist unsere Stärke! Unsere Personalräte sind rund um die Fragen aus dem Tarfbereich gut informiert. Mitglieder informieren wir exklusiv und aktuell über die bfg-Zeitung. Zu einzelnen Themen legen wir entsprechende Infos auf, die über die Mitglieder-App im „Kiosk“ jederzeit abrufbar sind. Nach der Tarifrunde versorgen wir unsere Mitglieder mit Entgelttabellen und Informationen, um die finanzielle Entwicklung aufzuzeigen. Und wir beraten natürlich auch exklusiv unsere Mitglieder bei Einzelfragen im Weiteren durch Rechtsberatung oder gegebenenfalls vor Gericht über unser Dienstleistungszentrum im Dachverband des Deutschen Beamtenbundes und Tarifunion.

... gemeinsame Gremienarbeit perfekt umsetzen

Wir sind als Tarifbeschäftigte von Haus aus in allen gewerkschaftlichen Gremien (Landesleitung, Bezirksvorstände, Landesvorstand) vertreten. Zusätzlich gibt es einen Arbeitskreis Tarif, der sich um sämtliche tariflichen Belange annimmt. In den überörtlichen Personalratsgremien der Bezirkspersonalräte und auch beim

Hauptpersonalrat sind unsere Spitzenkandidaten aus dem Tarfbereich etabliert. Dadurch ist eine gute Verbindung zur Verwaltung gewährleistet, die ein erfolgreiches Arbeiten möglich macht.

... wir immer dabei sind – Einkommensrunde 2025/2026!

Wir sind uns dabei durchaus bewusst, dass die diesjährige Tarifrunde für den öffentlichen Dienst der Länder im Ergebnis enttäuscht. Doch nachdem die Arbeitgeber der TdL den Arbeitsvorgang zur Disposition gestellt haben, bestand die realistische Gefahr, dass die gesamte Struktur der Entgeltordnung wegbricht. In Folge hätten viele Eingruppierungen nach unten korrigiert werden müssen. Das haben wir verhindert! Aber dieser Erfolg hat einen wesentlichen Teil der Verhandlungsmasse gebunden, wodurch der Spielraum für die lineare Forderung stark eingeschränkt war. Daher resultierte aus den letzten Verhandlungen ein schmerzhafter Kompromiss.

... die Statusgruppen Beamte und Tarifbeschäftigte zusammenhalten

Letztlich geht es immer um vergleichbare Arbeitsbedingungen: für Tarifbeschäftigte ein gutes Ergebnis einzufahren und danach für die Beamtinnen und Beamte die zeit- und inhaltsgleiche Übernahme des Tarifergebnisses zu erreichen. Ohne dieses Zusammenhalten wäre ein Tarifergebnis aber generell nicht zu erreichen. Wir brauchen dieses starke und gemeinsame Signal an den Arbeitgeber. Auch wenn sich die Staatsregierung dieses Mal nicht davon abbringen ließ, bei der Übertragung des Tarifergebnisses den Zeitverzug von sechs Monaten zurückzunehmen. Beeindruckend ist unser eigener „oranger Zug“ – dafür ein herzliches Danke an alle.

„Arbeit ist Teil des Lebens“

LfF-Präsident Herzog im Gespräch zum bevorstehenden Ruhestand

Klaus Herzog ist seit Februar 2011 Präsident des Landesamtes für Finanzen. Ende Mai geht er in den Ruhestand. In den letzten Tagen seiner Amtszeit hat er sich mit den beiden stellvertretenden bfg-Landesvorsitzenden Julia Strehle und Nina Gürster zu einem Interview getroffen.



bfg: Herr Herzog, mit welchen Erwartungen haben Sie damals Ihr Amt angetreten? Und welche haben sich über die Jahre erfüllt – und welche auch so gar nicht?

Herzog: Eigentlich ohne große Erwartungen. Ich bin bewusst offen in das Amt gegangen und habe zunächst abgewartet, was auf mich zukommt. Sehr schnell wurde mir klar, wie breit das Aufgabenspektrum im LfF ist – und ich denke, ich habe mich gut eingefunden.

bfg: Vom Referatsleiter im Ministerium zur Behördenleitung – war das eine große Umstellung für Sie?

Herzog: Es war eine völlig andere Aufgabe als die, die ich bisher gewohnt war. Vom Referatsleiter im Ministerium mit etwa zehn Mitarbeitenden zur Leitung einer Behörde mit damals rund 2.500 Beschäftigten verteilt auf sieben Dienststellen. Ich wurde aber sehr offen aufgenommen und man hat „dem Neuen“ geholfen, in die Arbeit reinzukommen und zu lernen, wo die Probleme sind.

bfg: Wenn Sie jetzt auf die Amtszeit so zurückblicken, gab es einen Moment, der besonders prägend war bzw. der Ihnen in Erinnerung geblieben ist?

Herzog: Einen Moment sicherlich nicht, besonders prägend war aber definitiv die Corona-Pandemie. Sie hat das Arbeiten im LfF nachhaltig verändert – vor allem durch den mas-

siven Schub in Richtung Telearbeit und Digitalisierung. Ich habe mir dazu ein paar Zahlen zum Vergleich angesehen – und die sind wirklich beeindruckend.

bfg: Was sehen Sie rückblickend als die schwierigste Aufgabe an, die Sie in den doch 15 Jahren hatten?

Herzog: Die schwierigsten Aufgaben waren sicherlich die Behördenverlagerungen über die Jahre. Das ist ja schon fast eine Daueraufgabe beim LfF. Manche Verlagerungen waren noch relativ „einfach“ – besonders schwierig war aber die Verlagerung von München nach Weiden. Das war organisatorisch anspruchsvoll und für viele Beschäftigte auch persönlich eine sehr große Herausforderung.

bfg: Welche Entwicklungen haben das LfF am stärksten verändert?

Herzog: Ganz klar, die Digitalisierung – da hat sich das LfF einfach gewaltig verändert.

Ein Beispiel, das sich vielleicht jeder gut vorstellen kann, ist die Beihilfe. Früher wurden ausschließlich Papieranträge mit kopierten Belegen bearbeitet – alles händisch durch den Bearbeiter eingegeben. Seit der Einführung der computergestützten Rechnungsprüfung laufen diese Prozesse mehr und mehr automatisiert. Der Sachbearbeiter prüft oft nur noch das Ergebnis. Diese Entwicklung hat sich durch viele Bereiche gezogen – elektronische Akten, automatisierte

Prozesse, weniger Papier. Ohne diese Veränderungen hätten wir das gestiegene Arbeitsvolumen aber auch nicht bewältigen können.

bfg: Sehen Sie da noch Potenzial – vielleicht auch, um den Beschäftigten Arbeit abnehmen zu können?

Herzog: Ja, sicher – die Dunkelverarbeitung wird massiv zunehmen. Das bedeutet, dass bei stattgebenden Entscheidungen überhaupt kein Mensch den Vorgang anschauen muss. Das ist, denke ich, noch einmal ein ganz großer Schritt, der auch viel Arbeitserleichterung bringen wird. Papier wird als Datenträger in den nächsten, sagen wir mal, zehn Jahren, weitestgehend verschwinden, sodass fast alles elektronisch läuft.

bfg: Die Digitalisierung sorgt natürlich für Erleichterungen. Dennoch ist es so, dass die Kolleginnen und Kollegen mit einer starken Arbeitsbelastung zu kämpfen haben. Die Digitalisierung nimmt den Beschäftigten ja nicht einfach alles ab. Wie geht das LfF mit der teilweise sehr starken Arbeitsbelastung in den einzelnen Bereichen um?

Herzog: Wir bemühen uns, die Arbeit möglichst gerecht zu verteilen und gleichzeitig für bessere Personalausstattung und IT-Unterstützung zu kämpfen. Wenn man die Zahlen vergleicht, hatten wir zwar einen deutlichen Personalaufwuchs, dennoch sind die Fallzahlen deutlich stärker gestiegen als die Zahl der Beschäftigten. Dass wir das bewältigen konnten, ist auch ein Ergebnis der Digitalisierung – man könnte von einer „digitalen Dividende“ sprechen.

bfg: Haben Sie da Zahlen für uns?

Herzog: In der Beihilfe zum Beispiel – als ich kam, waren 30.000 Bescheide pro Woche eine Spitzenzahl. In der siebten Kalenderwoche 2026 haben wir fast 71.000 Bescheide erlassen können.

bfg: Der „Output“ hat sich wirklich enorm gesteigert. Aber was ist der Grund dafür, dass die Fallzahlen so stark gestiegen sind?

Herzog: Die Beihilfe-Anträge an sich haben sich stark verändert. Früher gab es pro Antrag sehr viel mehr Belege, weil die Belege gesammelt wurden. Heute kommen sehr viele Anträge mit einem Beleg und Kleinstbeträgen; das ist eine Folge der App. Außerdem ist natürlich jede Neueinstellung ein zusätzlicher Kunde für uns. In den Bereichen Polizei und Bildung etwa wurde

in den letzten Jahren sehr viel zusätzliches Personal eingestellt – und das heißt mehr Fälle für uns.

bfg: Was sind denn die größten bzw. wichtigsten Projekte der Finanz IT in Ihrer Amtszeit?

Herzog: Da gibt es viele Projekte, weil ja ein laufender Modernisierungsdruck da ist. Ich denke an die papierlose Sachbearbeitung, die computergestützte Rechnungsprüfung und die Beihilfe-App; sie ist sicherlich einer unserer ganz großen Erfolge. Aber auch die elektronische Krankschreibung, die Änderung der Besoldung zur Erreichung der amtsangemessenen Alimentation, das Jobbike und natürlich das Mitarbeiterportal. Im LfF wird es weiter viele Projekte geben, die die Arbeit fortlaufend verändern.

bfg: Das LfF steht – gerade mit der Beihilfe – eigentlich immer im Fokus. Wie sehen Sie das?

Herzog: Wenn die Beihilfe so im Fokus steht und alle anderen Bereiche nicht, dann heißt das für mich, dass der Rest im Großen und Ganzen gut läuft. Zumindest haben wir es einmal erlebt, als aufgrund einer technischen Panne bei einer Dienststelle die Bezüge einen Tag zu spät ausgezahlt wurden. Da war sofort was los. Da diese Probleme ganz große Ausnahmen sind, denke ich, dass die Bereiche sehr gut funktionieren. Dass die Beihilfe so im Fokus steht und schnell Beschwerden kommen, wenn man auf verhältnismäßig hohe Erstattungen lange warten muss, das kann ich verstehen. Denn das kann Leuten schon richtig wehtun, wenn das Geld schnell knapp wird. Wir bemühen uns natürlich, Beschwerdeursachen zu beseitigen und haben dahingehend in den letzten Jahren bereits viel verbessern können.

bfg: Gibt es aus Ihrer Sicht ein „Hoffungsprojekt“ für die Zukunft für das LfF?

Herzog: Wir haben viele Projekte, die die Arbeitsbedingungen für die Bediensteten des LfF verbessern sollen und den Service für die Beschäftigten des Freistaats insgesamt ebenfalls. Insofern würde ich nicht von dem einen großen Hoffungsprojekt sprechen, sondern von einer laufenden Entwicklung.

bfg: Was bedeutet denn für Sie ganz persönlich gute Führung? Aktuell sind herausfordernde Zeiten für die Führungskräfte. Und gibt es irgendwelche Werte, die Ihnen da in der Arbeit im-

mer wichtig waren?

Herzog: Gute Führung heißt, den Beschäftigten bestmögliche Arbeitsbedingungen zu bieten und gleichzeitig die berechtigten Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger zu erfüllen. Das ist ein Spannungsfeld, in dem man den richtigen Weg finden muss. Und ganz wichtig: Mitarbeitende sind Menschen, keine Werkzeuge oder Maschinen. Sie verdienen einen respektvollen Umgang.

bfg: Hat sich das Führen über die Zeit – gerade auch über die Pandemie – verändert?

Herzog: Ja, vor allem die informelle Kommunikation hat gelitten. Der Austausch im Büro – beim Kaffee oder zwischen Tür und Angel – fehlt oft. Gerade dieser Austausch war wichtig, nicht nur für das Miteinander, sondern auch für fachliche Fragen. Ich bin auch gespannt, wie es in diesem Bereich weitergehen wird. – Wir leben zum Teil immer noch von zwischenmenschlichen Beziehungen, die vor Corona aufgebaut wurden. Führung ist zu einem großen Teil Kommunikation. Und die muss heute ganz anders organisiert werden, als das früher der Fall war.

bfg: Gab es in Ihrer Amtszeit eine Entscheidung, die Ihnen als besonders schwierig in Erinnerung geblieben ist?

Herzog: Es gab natürlich herausfordernde Entscheidungen, wie etwa das Konzept für die Behördenverlagerung von München nach Weiden. Das war wirklich eines der schwierigsten Projekte, einfach weil so viele Personen mit involviert und persönlich betroffen waren. Das bedeutete natürlich für Viele eine gewisse Umstellung. Aber auch sie gehört zum lebenslangen Dienst- und Treueverhältnis.

bfg: Vielleicht schauen wir noch ein bisschen in die Zukunft, auch wenn Sie sie nur noch bedingt betrifft. Welche Herausforderungen sehen Sie denn für die Zukunft des LfF?

Herzog: Die größte Herausforderung bleibt, mit der schnellen Entwicklung im IT-Bereich Schritt zu halten und gleichzeitig die steigenden Arbeitsmengen zu bewältigen – vermutlich mit gleichbleibendem oder sogar weniger Personal. Die Aufgaben werden sich weiter verändern und tendenziell anspruchsvoller werden. Darauf muss sich das LfF einstellen.

bfg: Wie soll sich sowohl der öffent-

liche Dienst als auch das LfF Ihrer Meinung nach weiterentwickeln, um attraktiv zu bleiben?

Herzog: Ich denke die Arbeitsumstände und das Umfeld ist schon sehr attraktiv, gerade was Teilzeit, Homeoffice usw. anbelangt. Die Vergütung ist in weiten Bereichen auch marktkonform. Klar, etwa bei den Juristinnen und Juristen können wir mit den Einstiegsgehältern großer Kanzleien nicht mithalten – aber wir fordern auch keine Arbeitszeiten von um die 80 Stunden in der Woche mit 24/7 Erreichbarkeit. Ich meine, dass da bei uns ein ganz guter Kompromiss gefunden ist.

bfg: Was bedeutet der Ruhestand für Sie persönlich?

Herzog: Vor allem mehr Freiheit. Und ganz konkret: Ich werde kein Wochenendpendler mehr sein – das ist eine große Umstellung. Ich habe bewusst keine festen Pläne gemacht. Ich möchte erst einmal ankommen und dann sehen, wie sich alles entwickelt.

bfg: Worauf freuen Sie sich besonders?

Herzog: Darauf, nicht mehr ständig in den Kalender schauen zu müssen. Diese terminliche Freiheit ist für mich ein großer Gewinn.

bfg: Welche Botschaft möchten Sie den Beschäftigten zum Abschied mitgeben?

Herzog: Der Begriff „Work-Life-Balance“ ist zur Zeit zwar in aller Munde, aber aus meiner Sicht ist die Arbeit genauso Teil des Lebens wie Freizeit und Familie. Man sollte nicht das Gefühl haben, nur außerhalb der Arbeit leben zu können. Wichtig ist, dass man in seiner Tätigkeit Sinn erkennt und eine gewisse Zufriedenheit empfindet. Die Arbeit im LfF ist sinnvoll. Sie sorgt dafür, dass unser Gemeinwesen funktioniert. Das sollte man sich immer wieder bewusst machen.

Mit Klaus Herzog verabschiedet sich eine Führungspersönlichkeit, die das LfF über Jahre hinweg durch tiefgreifende Veränderungen geführt hat. Seine Bilanz ist geprägt von Digitalisierung, strukturellen Anpassungen und einem klaren Führungsverständnis: Wandel ist kein Ausnahmezustand, sondern Daueraufgabe. Entscheidend ist, ihn verantwortungsvoll zu gestalten.

Wir sagen Vielen Dank für das Interview – und genießen Sie ihren Ruhestand!

Personalratsgremien – Bildung und Zuständigkeit

Der örtliche Personalrat

... wird **an jeder Dienststelle** gebildet, egal auf welcher Stufe der Verwaltungsorganisation. Also z.B. Finanzamt, ADBV, LSI, Außenverwaltung der SGV, Finanzgericht, LFS, LfF, LfSt, Finanzministerium, Hauptmünzamt, Hofbräu etc. – sowie Nebenstellen, die sich personalvertretungsrechtlich „verselbständigen“ haben, wie die meisten Außenstellen, Bearbeitungsstellen, Spielbanken.

Zuständig dann, wenn der Dienststellenleiter (Behördenleiter, Außenstellenleiter, Direktor, Präsident, Finanzminister etc.) die Entscheidungsbefugnis hat und die Regelung ausschließlich Beschäftigte oder Angelegenheiten dieser einen Dienststelle betrifft.

Der Bezirkspersonalrat

... wird **an Mittelbehörden der Staatsverwaltung** grundsätzlich für den Bereich dieser Mittelbehörde (also mit dem „Unterbau“) gebildet, z.B. BPR bei der Schlösserverwaltung; gesetzliche Ausnahmen in Steuer- und Vermessungsverwaltung mit zwei BPR beim LfSt bzw. drei BPR beim LDBV mit regionaler Zuständigkeit.

Zuständig in Angelegenheiten, die der Präsident der Mittelbehörde („Die Mittelbehörde“) entscheidet und die nicht ausschließlich die Mittelbehörde selbst betreffen – denn dann wäre der dortige örtliche PR zuständig.

Daneben zuständig im Stufenverfahren.

Der Gesamtpersonalrat

... wird **an einer Behörde** gebildet, **die aus mehreren** (ggf. auch nur personalvertretungsrechtlich verselbständigten*) **Dienststellen besteht** und damit auch mehr als einen örtlichen Personalrat hat (zum Beispiel das Landesamt für Finanzen, ein Finanzamt, das eine oder mehrere Außenstellen oder Bearbeitungsstellen hat, die HfÖD mit den Fachbereichen oder die Lotterieverwaltung mit mehreren Spielbanken).

Zuständig in Angelegenheiten, die der Behördenleiter (Amtsleiter, Präsident) für die gesamte Behörde regelt, oder für einen Teil seiner Behörde, der nicht oder nicht ausschließlich seine eigene Dienststelle ausmacht – denn dann wäre der dortige örtliche Personalrat zuständig.

Der Hauptpersonalrat

... wird **am Finanzministerium für den Bereich des Finanzressorts** gebildet.

Zuständig in Angelegenheiten, die der Finanzminister („Das Ministerium“) entscheidet und die nicht ausschließlich das Ministerium selbst betreffen – denn dann wäre der dortige örtliche PR zuständig. Daneben zuständig im Stufenverfahren.

Die Arbeitsgemeinschaft der Hauptpersonalräte in Bayern (Art. 81 BayPVG)

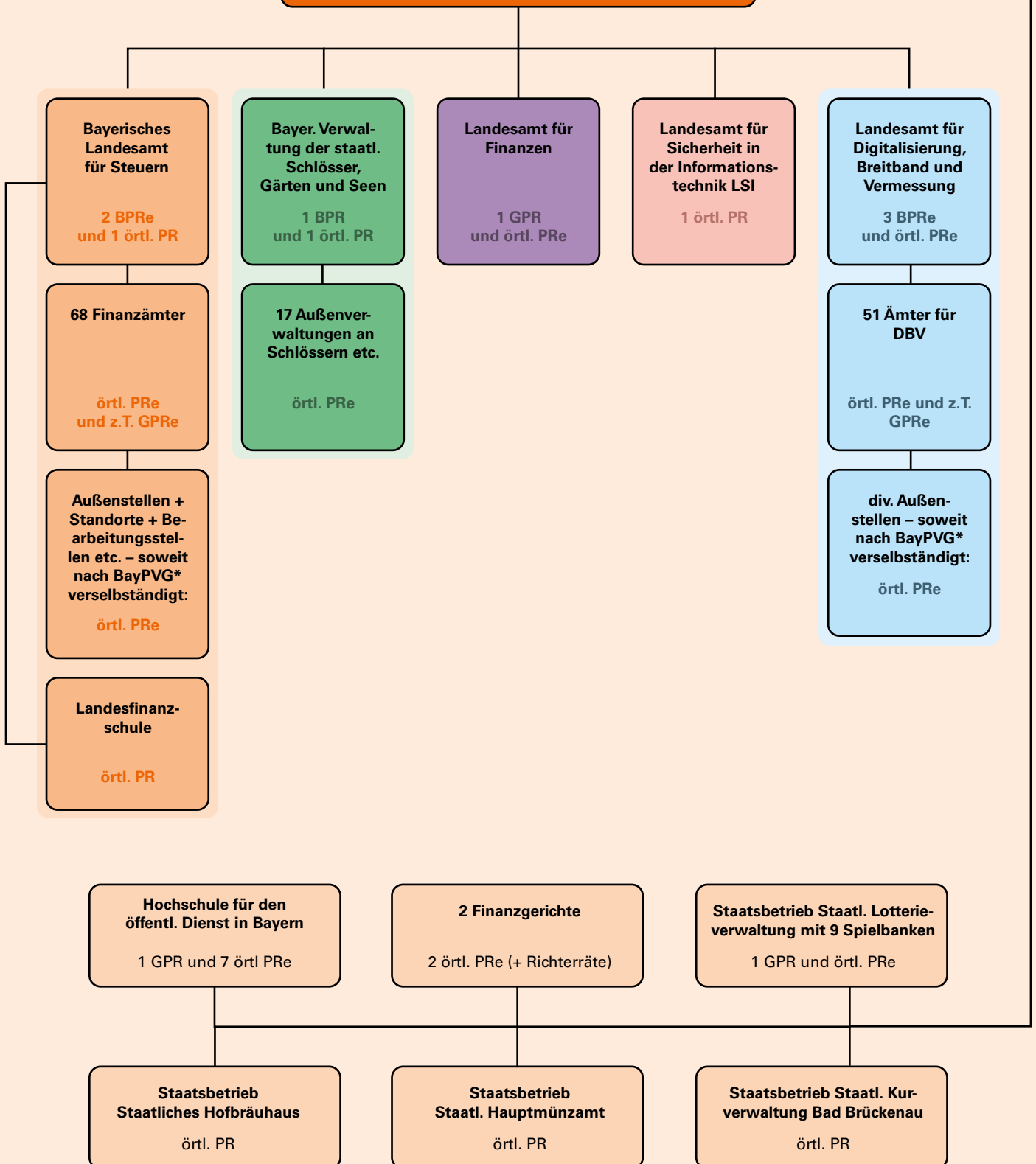
... setzt sich zusammen aus je einem Vertreter der Hauptpersonalräte. Zuständig bei diversen ressortübergreifenden Angelegenheiten.

* Die personalvertretungsrechtliche Verselbständigung nach Art. 6 Abs. 3 BayPVG

Eine Außenstelle, Nebenstelle, Bearbeitungsstelle, ein Standort etc. gelten personalvertretungsrechtlich dann als selbständige Dienststelle, wenn sie von der Dienststelle/Behörde, zu der sie gehören, räumlich weit entfernt liegen oder durch Aufgabenbereich und Organisation eine Eigenständigkeit haben. – In diesen Fällen können die Beschäftigten dieser Außenstelle etc.

durch Beschluss der Mehrheit der Wahlberechtigten die Verselbständigung beschließen. Die Beschäftigten der Haupt-Dienststelle können sich dagegen nicht „wehren“. Die Folge ist die Bildung eines örtlichen Personalrats an der Außenstelle etc. sowie eines Gesamtpersonalrats für beide personalvertretungsrechtlich nun selbständigen Dienststellen. Ansprechpartner des neuen zusätzlichen öPR ist der Leiter der Außenstelle etc.. Die Zuständigkeit des öPR entspricht der Regelungskompetenz dieses Außenstellenleiters etc.

**Bayer. Staatsministerium
der Finanzen und für Heimat**
HPR und örtl. PR



Allgemeines Antragsrecht

Wenn der PR glaubt, dass eine Maßnahme gut für die Dienststelle und die Beschäftigten wäre, kann er sie beantragen. Genauso, wenn er eine Anregung oder eine Beschwerde erhält und er – d.h. das Gremium – diese Meinung teilt.

Einhaltung von Vorschriften überwachen

Der PR hat dafür zu sorgen, dass die zugunsten der Beschäftigten bestehenden Vorschriften (Gesetze, Verordnungen, Tarifverträge, Dienstvereinbarungen, Verwaltungsanordnungen, etc.) auch eingehalten werden. Dafür muss sich der PR ständig auf dem aktuellen Rechtsstand halten!

Vertrauensvolle Zusammenarbeit

Das zentrale Gebot für Dienststelle und PR! Es handelt sich nicht um eine „Empfehlung“, sondern um einen Rechtsgrundsatz im BayPVG. In der Zusammenarbeit sind Offenheit und Vertrauen gefragt und die Suche nach Kompromissen. Im Wege der vertrauensvollen Zusammenarbeit kann die Dienststellenleitung den PR weit über alle konkreten Beteiligungsvorschriften hinaus einbinden.

Was der Personalrat kann & darf – die komplette Kompakt-Information finden Sie hier zum Download:

<https://www.finanzgewerkschaft.de/personalratswahlen/>



Weitere wichtige Möglichkeiten und Instrumente des Personalrats

- Anhörung
- Stufenverfahren
- Anwesenheitsrecht
- Gruppenprinzip
- Ernster Wille zur Einigung
- Initiativrecht
- Erörterungsrecht
- Personalrat & Gewerkschaften
- und viele andere mehr...

Monatsgespräch

Das vielleicht wichtigste Medium für den örtlichen Personalrat: Neben diversen Einzelgesprächen mit der DSt-Leitung hat das Gremium mindestens einmal im Monat das Recht und die Pflicht, sich mit der DSt-Leitung zusammzusetzen und über alles zu reden, was für die Dienststelle und die Beschäftigten wichtig ist.

Mitbestimmung

Die höchste Form der Beteiligung des PR. Maßnahmen, die der Mitbestimmung unterliegen, kann die Dienststelle nur umsetzen, wenn der PR zugestimmt hat. Dem sind aber in vielen Fällen rechtliche Grenzen gesetzt. Der Mitbestimmung unterliegen z. B. Einstellungen, Beförderungen, Eingruppierungen, Versagung von Nebentätigkeiten, Ablehnung von Teilzeitanträgen, Regelung der Arbeitszeit, Beurteilungsrichtlinien, Ablehnung eines Antrags auf Hinausschieben des Ruhestandes, Einführung technischer Einrichtungen, mit denen Verhalten und Leistung der Beschäftigten überwacht werden kann, u.v.m.

Mitwirkung

Die „schwächere“ aber dennoch sehr wichtige Form der Beteiligung des PR - also wenn der PR bei beabsichtigten Maßnahmen der Dienststelle „mitwirkt“. Das ist etwa bei der Vorbereitung von Verwaltungsanordnungen in sozialen und persönlichen Fragen der Fall, bei der Regelung der Ordnung in der Dienststelle und des Verhaltens der Beschäftigten, aber auch bei der Verlängerung der Probezeit, Maßnahmen zur Förderung der Familienfreundlichkeit in der Arbeit und bei Versagung / Widerruf der Teilnahme am sog. „Homeoffice“. Können sich Dienststelle und PR bei einer Mitwirkung nicht einigen, gibt es die Möglichkeit die nächst höhere Verwaltungsebene mit dem dortigen BPR/HPR anzurufen.

Dienstvereinbarung (DV)

Dienstvereinbarungen sind zwischen DSt. und PR geschlossene Vereinbarungen, die nach dem BayPVG zu einem bestimmten Kreis an festgelegten Themen zulässig sind. Was hier geregelt wird, ist fortan geltendes Recht im Geltungsbereich der DV. Wichtige DVs sind z.B. die über die Arbeitszeit an der jeweiligen DSt., zur Telearbeit, zu Datenverarbeitung, zum Umgang mit personenbezogenen Daten, etc.

Unsere Arbeit für Sie: Nicht nur alle 5 Jahre einmal, sondern jeden Tag aufs Neue – Monat für Monat

Bayerische Finanzgewerkschaft bfg

Mitgliederzeitschrift der Bayerischen Finanzgewerkschaft
www.finanzgewerkschaft.de

4/2026

Landesrat der bfg in Nürnberg: Harte, aber faire Debatte mit Finanzminister Albert Färacker

Die Landesrat der Bayerischen Finanzgewerkschaft hat am 2. März 2026 in Nürnberg eine wichtige Debatte mit dem Finanzminister Albert Färacker durchgeführt. Die Gewerkschaften haben sich für eine faire und nachhaltige Finanzierung des Landeshaushalts eingesetzt. Die Debatte wurde von der bfg-Präsidentin Dr. Ingrid Schmitt moderiert. Die Gewerkschaften haben die Minister gebeten, die Steuerlast für die Bürger zu senken und die Ausgaben für die Landesverwaltung zu kürzen. Die Minister haben sich verpflichtet, die Forderungen der Gewerkschaften zu berücksichtigen. Die Debatte wurde von der bfg-Präsidentin Dr. Ingrid Schmitt moderiert. Die Gewerkschaften haben die Minister gebeten, die Steuerlast für die Bürger zu senken und die Ausgaben für die Landesverwaltung zu kürzen. Die Minister haben sich verpflichtet, die Forderungen der Gewerkschaften zu berücksichtigen.

BEAMTENTAGUNG
bfg und bDfG mit Ausdehnung im Dialog
Seite 9

MITG VOR
Die bfg hat ein neues Motto für die bfg
Seite 12

GEMEINSAM MENSCHLICH MUTIG VORAN

Bayerische Finanzgewerkschaft bfg

Mitgliederzeitschrift der Bayerischen Finanzgewerkschaft
www.finanzgewerkschaft.de

3/2026

Der bundesstaatliche Finanzgleich Lähmt er unser Land?

Die Landesrat der Bayerischen Finanzgewerkschaft hat am 3. März 2026 in Nürnberg eine wichtige Debatte mit dem Finanzminister Albert Färacker durchgeführt. Die Gewerkschaften haben sich für eine faire und nachhaltige Finanzierung des Landeshaushalts eingesetzt. Die Debatte wurde von der bfg-Präsidentin Dr. Ingrid Schmitt moderiert. Die Gewerkschaften haben die Minister gebeten, die Steuerlast für die Bürger zu senken und die Ausgaben für die Landesverwaltung zu kürzen. Die Minister haben sich verpflichtet, die Forderungen der Gewerkschaften zu berücksichtigen. Die Debatte wurde von der bfg-Präsidentin Dr. Ingrid Schmitt moderiert. Die Gewerkschaften haben die Minister gebeten, die Steuerlast für die Bürger zu senken und die Ausgaben für die Landesverwaltung zu kürzen. Die Minister haben sich verpflichtet, die Forderungen der Gewerkschaften zu berücksichtigen.

GEMEINSAM
Die bfg hat ein neues Motto für die bfg
Seite 8

MENSCHLICH
Die bfg hat ein neues Motto für die bfg
Seite 14

GEMEINSAM MENSCHLICH MUTIG VORAN

Bayerische Finanzgewerkschaft bfg

Mitgliederzeitschrift der Bayerischen Finanzgewerkschaft
www.finanzgewerkschaft.de

1-2/2026

Machtvoller Protest in Nürnberg: Geschlossen, solidarisch und entschlossen – die bfg setzt ein starkes Zeichen

Die Landesrat der Bayerischen Finanzgewerkschaft hat am 1. März 2026 in Nürnberg eine wichtige Debatte mit dem Finanzminister Albert Färacker durchgeführt. Die Gewerkschaften haben sich für eine faire und nachhaltige Finanzierung des Landeshaushalts eingesetzt. Die Debatte wurde von der bfg-Präsidentin Dr. Ingrid Schmitt moderiert. Die Gewerkschaften haben die Minister gebeten, die Steuerlast für die Bürger zu senken und die Ausgaben für die Landesverwaltung zu kürzen. Die Minister haben sich verpflichtet, die Forderungen der Gewerkschaften zu berücksichtigen. Die Debatte wurde von der bfg-Präsidentin Dr. Ingrid Schmitt moderiert. Die Gewerkschaften haben die Minister gebeten, die Steuerlast für die Bürger zu senken und die Ausgaben für die Landesverwaltung zu kürzen. Die Minister haben sich verpflichtet, die Forderungen der Gewerkschaften zu berücksichtigen.

GEMEINSAM
Die bfg hat ein neues Motto für die bfg
Seite 8

Tarifrunde 2026
Die bfg hat ein neues Motto für die bfg
Seite 12

GEMEINSAM MENSCHLICH MUTIG VORAN

Bayerische Finanzgewerkschaft bfg

Mitgliederzeitschrift der Bayerischen Finanzgewerkschaft
www.finanzgewerkschaft.de

12/2025

Barrierefreie, Beamte und Pensionisten: Die Einkommensrunde 2025/2026 betrifft uns alle!

Die Landesrat der Bayerischen Finanzgewerkschaft hat am 12. Dezember 2025 in Nürnberg eine wichtige Debatte mit dem Finanzminister Albert Färacker durchgeführt. Die Gewerkschaften haben sich für eine faire und nachhaltige Finanzierung des Landeshaushalts eingesetzt. Die Debatte wurde von der bfg-Präsidentin Dr. Ingrid Schmitt moderiert. Die Gewerkschaften haben die Minister gebeten, die Steuerlast für die Bürger zu senken und die Ausgaben für die Landesverwaltung zu kürzen. Die Minister haben sich verpflichtet, die Forderungen der Gewerkschaften zu berücksichtigen. Die Debatte wurde von der bfg-Präsidentin Dr. Ingrid Schmitt moderiert. Die Gewerkschaften haben die Minister gebeten, die Steuerlast für die Bürger zu senken und die Ausgaben für die Landesverwaltung zu kürzen. Die Minister haben sich verpflichtet, die Forderungen der Gewerkschaften zu berücksichtigen.

Die bfg wünscht allen Mitgliedern ein frohes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins neue Jahr! Wir sind auch 2026 für Sie da!

GEMEINSAM MENSCHLICH MUTIG VORAN

Bayerische Finanzgewerkschaft bfg

Mitgliederzeitschrift der Bayerischen Finanzgewerkschaft
www.finanzgewerkschaft.de

5/2025

Machen Sie sich selbst ein Bild von unserer Arbeit!

Die Landesrat der Bayerischen Finanzgewerkschaft hat am 5. März 2025 in Nürnberg eine wichtige Debatte mit dem Finanzminister Albert Färacker durchgeführt. Die Gewerkschaften haben sich für eine faire und nachhaltige Finanzierung des Landeshaushalts eingesetzt. Die Debatte wurde von der bfg-Präsidentin Dr. Ingrid Schmitt moderiert. Die Gewerkschaften haben die Minister gebeten, die Steuerlast für die Bürger zu senken und die Ausgaben für die Landesverwaltung zu kürzen. Die Minister haben sich verpflichtet, die Forderungen der Gewerkschaften zu berücksichtigen. Die Debatte wurde von der bfg-Präsidentin Dr. Ingrid Schmitt moderiert. Die Gewerkschaften haben die Minister gebeten, die Steuerlast für die Bürger zu senken und die Ausgaben für die Landesverwaltung zu kürzen. Die Minister haben sich verpflichtet, die Forderungen der Gewerkschaften zu berücksichtigen.

KLASSIK
Die bfg hat ein neues Motto für die bfg
Seite 8

KLASSIK
Die bfg hat ein neues Motto für die bfg
Seite 11

GEMEINSAM MENSCHLICH MUTIG VORAN

Bayerische Finanzgewerkschaft bfg

Mitgliederzeitschrift der Bayerischen Finanzgewerkschaft
www.finanzgewerkschaft.de

11/2025

Die letzten zehn Ausgaben aus dem vergangenen Jahr sind jetzt frei abrufbar unter: <https://www.finanzgewerkschaft.de/personalratswahlen/downloads/>

Die Landesrat der Bayerischen Finanzgewerkschaft hat am 11. November 2025 in Nürnberg eine wichtige Debatte mit dem Finanzminister Albert Färacker durchgeführt. Die Gewerkschaften haben sich für eine faire und nachhaltige Finanzierung des Landeshaushalts eingesetzt. Die Debatte wurde von der bfg-Präsidentin Dr. Ingrid Schmitt moderiert. Die Gewerkschaften haben die Minister gebeten, die Steuerlast für die Bürger zu senken und die Ausgaben für die Landesverwaltung zu kürzen. Die Minister haben sich verpflichtet, die Forderungen der Gewerkschaften zu berücksichtigen. Die Debatte wurde von der bfg-Präsidentin Dr. Ingrid Schmitt moderiert. Die Gewerkschaften haben die Minister gebeten, die Steuerlast für die Bürger zu senken und die Ausgaben für die Landesverwaltung zu kürzen. Die Minister haben sich verpflichtet, die Forderungen der Gewerkschaften zu berücksichtigen.

GEMEINSAM MENSCHLICH MUTIG VORAN

Bayerische Finanzgewerkschaft bfg

Mitgliederzeitschrift der Bayerischen Finanzgewerkschaft
www.finanzgewerkschaft.de

11/2025

Tagung des Landesrats in Memmingen – zwischen Freizeitsport, Strukturform und politischem Dialog mit Klaus Hohenhuth

Die Landesrat der Bayerischen Finanzgewerkschaft hat am 11. November 2025 in Memmingen eine wichtige Tagung durchgeführt. Die Gewerkschaften haben sich für eine faire und nachhaltige Finanzierung des Landeshaushalts eingesetzt. Die Tagung wurde von der bfg-Präsidentin Dr. Ingrid Schmitt moderiert. Die Gewerkschaften haben die Minister gebeten, die Steuerlast für die Bürger zu senken und die Ausgaben für die Landesverwaltung zu kürzen. Die Minister haben sich verpflichtet, die Forderungen der Gewerkschaften zu berücksichtigen. Die Tagung wurde von der bfg-Präsidentin Dr. Ingrid Schmitt moderiert. Die Gewerkschaften haben die Minister gebeten, die Steuerlast für die Bürger zu senken und die Ausgaben für die Landesverwaltung zu kürzen. Die Minister haben sich verpflichtet, die Forderungen der Gewerkschaften zu berücksichtigen.

GEMEINSAM MENSCHLICH MUTIG VORAN

Bayerische Finanzgewerkschaft bfg

Mitgliederzeitschrift der Bayerischen Finanzgewerkschaft
www.finanzgewerkschaft.de

6/2025

Demokratie unter Druck Steuerverwaltung mit Schlüsselrolle für Resilienz des Staates

Die Landesrat der Bayerischen Finanzgewerkschaft hat am 6. März 2025 in Nürnberg eine wichtige Debatte mit dem Finanzminister Albert Färacker durchgeführt. Die Gewerkschaften haben sich für eine faire und nachhaltige Finanzierung des Landeshaushalts eingesetzt. Die Debatte wurde von der bfg-Präsidentin Dr. Ingrid Schmitt moderiert. Die Gewerkschaften haben die Minister gebeten, die Steuerlast für die Bürger zu senken und die Ausgaben für die Landesverwaltung zu kürzen. Die Minister haben sich verpflichtet, die Forderungen der Gewerkschaften zu berücksichtigen. Die Debatte wurde von der bfg-Präsidentin Dr. Ingrid Schmitt moderiert. Die Gewerkschaften haben die Minister gebeten, die Steuerlast für die Bürger zu senken und die Ausgaben für die Landesverwaltung zu kürzen. Die Minister haben sich verpflichtet, die Forderungen der Gewerkschaften zu berücksichtigen.

KLASSIK
Die bfg hat ein neues Motto für die bfg
Seite 6

KLASSIK
Die bfg hat ein neues Motto für die bfg
Seite 8

GEMEINSAM MENSCHLICH MUTIG VORAN

Bayerische Finanzgewerkschaft bfg

Mitgliederzeitschrift der Bayerischen Finanzgewerkschaft
www.finanzgewerkschaft.de

7/2025

25 Jahre bfg-ASTQ4 Jubiläumssitzung mit Minister Bawie und MdL Zellmeier und Fackler

Die Landesrat der Bayerischen Finanzgewerkschaft hat am 7. März 2025 in Nürnberg eine wichtige Jubiläumssitzung durchgeführt. Die Gewerkschaften haben sich für eine faire und nachhaltige Finanzierung des Landeshaushalts eingesetzt. Die Sitzung wurde von der bfg-Präsidentin Dr. Ingrid Schmitt moderiert. Die Gewerkschaften haben die Minister gebeten, die Steuerlast für die Bürger zu senken und die Ausgaben für die Landesverwaltung zu kürzen. Die Minister haben sich verpflichtet, die Forderungen der Gewerkschaften zu berücksichtigen. Die Sitzung wurde von der bfg-Präsidentin Dr. Ingrid Schmitt moderiert. Die Gewerkschaften haben die Minister gebeten, die Steuerlast für die Bürger zu senken und die Ausgaben für die Landesverwaltung zu kürzen. Die Minister haben sich verpflichtet, die Forderungen der Gewerkschaften zu berücksichtigen.

KLASSIK
Die bfg hat ein neues Motto für die bfg
Seite 9

KLASSIK
Die bfg hat ein neues Motto für die bfg
Seite 10

GEMEINSAM MENSCHLICH MUTIG VORAN

Bayerische Finanzgewerkschaft bfg

Mitgliederzeitschrift der Bayerischen Finanzgewerkschaft
www.finanzgewerkschaft.de

8-9/2025

Bayernturnier der bfg – Klasse Sport und größte Teambuildingmaßnahme der Finanzverwaltung

Die Landesrat der Bayerischen Finanzgewerkschaft hat am 8. und 9. März 2025 in Nürnberg eine wichtige Teambuildingmaßnahme durchgeführt. Die Gewerkschaften haben sich für eine faire und nachhaltige Finanzierung des Landeshaushalts eingesetzt. Die Maßnahme wurde von der bfg-Präsidentin Dr. Ingrid Schmitt moderiert. Die Gewerkschaften haben die Minister gebeten, die Steuerlast für die Bürger zu senken und die Ausgaben für die Landesverwaltung zu kürzen. Die Minister haben sich verpflichtet, die Forderungen der Gewerkschaften zu berücksichtigen. Die Maßnahme wurde von der bfg-Präsidentin Dr. Ingrid Schmitt moderiert. Die Gewerkschaften haben die Minister gebeten, die Steuerlast für die Bürger zu senken und die Ausgaben für die Landesverwaltung zu kürzen. Die Minister haben sich verpflichtet, die Forderungen der Gewerkschaften zu berücksichtigen.

KLASSIK
Die bfg hat ein neues Motto für die bfg
Seite 9

KLASSIK
Die bfg hat ein neues Motto für die bfg
Seite 28

GEMEINSAM MENSCHLICH MUTIG VORAN

Bayerische Finanzgewerkschaft bfg

Mitgliederzeitschrift der Bayerischen Finanzgewerkschaft
www.finanzgewerkschaft.de

10/2025

„Die Lage ist ernst! Die Herausforderungen sind groß!“ bfg macht bessere Bedingungen an und setzt auf Dialog mit Finanzminister Färacker

Die Landesrat der Bayerischen Finanzgewerkschaft hat am 10. Oktober 2025 in Nürnberg eine wichtige Debatte mit dem Finanzminister Albert Färacker durchgeführt. Die Gewerkschaften haben sich für eine faire und nachhaltige Finanzierung des Landeshaushalts eingesetzt. Die Debatte wurde von der bfg-Präsidentin Dr. Ingrid Schmitt moderiert. Die Gewerkschaften haben die Minister gebeten, die Steuerlast für die Bürger zu senken und die Ausgaben für die Landesverwaltung zu kürzen. Die Minister haben sich verpflichtet, die Forderungen der Gewerkschaften zu berücksichtigen. Die Debatte wurde von der bfg-Präsidentin Dr. Ingrid Schmitt moderiert. Die Gewerkschaften haben die Minister gebeten, die Steuerlast für die Bürger zu senken und die Ausgaben für die Landesverwaltung zu kürzen. Die Minister haben sich verpflichtet, die Forderungen der Gewerkschaften zu berücksichtigen.

KLASSIK
Die bfg hat ein neues Motto für die bfg
Seite 16

KLASSIK
Die bfg hat ein neues Motto für die bfg
Seite 16

GEMEINSAM MENSCHLICH MUTIG VORAN



Hände weg von der Beamtenversorgung! „Bürgerversicherung“ und Rentenversicherung auch für Beamte? ...

Finanzämtern steht Sturm ins Haus ...

Landesverband im Austausch mit ...

„Die Kolleginnen und Kollegen ...“

„Kommende Tagung der bfg-Landesverbände ...“

„Pausenverkürzung bedroht Gesundheitszustand ...“

„Antisemitismus: keine Alimentation ...“

„Hilfe, wir ertrinken in Arbeit!“ ...

„Mit Fackler und Zellmeier im Gespräch ...“

„Wir sind ein Team und sehen die Gefahr, dass wir ...“

„Wahns Deloitte bei Landtagswahl ...“

„dbb fordert 10,5% - 500 Euro mindestens ...“

„Vor der 1. Verhandlungsrunde ...“

„Auch die Finanz braucht Stellenhebungen!“ ...

„Doppelhaushalt 2024/25 ...“

„Intensiver Austausch mit Finanzminister Fritzsche ...“

„SEI-DABAY Das Karriereportal für Bayern ...“

„Auch die Finanz braucht Stellenhebungen!“ ...

„Auch die Finanz braucht Stellenhebungen!“ ...

„Auch die Finanz braucht Stellenhebungen!“ ...

„Wahns Deloitte bei Landtagswahl ...“

„Jahreshigh, Bonus und Penalisierung ...“

„Auch die Finanz braucht Stellenhebungen!“ ...

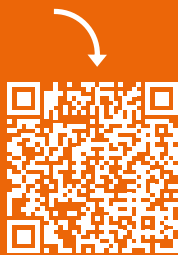
„Der landesrechtliche Finanzvertrag ...“

„Landesverband im IQ in Nürnberg ...“

Einblicke in unsere Arbeit für Sie!

Seit Juni 2021 haben wir in insgesamt 46 Ausgaben der bfg-Zeitung unsere Arbeit für Sie dokumentiert.

Damit sich auch all diejenigen, die die bfg-Zeitung nicht regelmäßig lesen, einen guten Überblick verschaffen können, haben wir hier neben den zehn Ausgaben des vergangenen Jahres auch eine Auswahl an Beiträgen aus den vergangenen Jahren bereitgestellt.



Übrigens eignen sich die ausgewählten Artikel auch perfekt für alle, die die Arbeit der letzten Jahre nochmal Revue passieren lassen wollen.

Einen Überblick über unsere Arbeit zeigen auch die Jahresplakate 2021, 2022, 2023, 2024 und 2025 – die Sie ebenfalls dort finden.

Alle aktuellen Informationen erhalten Sie auf unserer Homepage:



Oder auf unseren Social Media Kanälen



facebook



instagram

Ausgabe	Artikel	Worum geht's?
06-07/2021	DiPA-IP	Der Weg zur digitalen Personalakte
10/2021	Finanzämtern steht Sturm ins Haus	Zu viele Baustellen – Durchfallquoten, Personalmangel, Grundsteuer und viele weitere Zusatzaufgaben
11/2021	Die TDL stellt sich stur... Nicht mit uns! Wir kämpfen	Bayernweite Protestaktionen, TDL träumt von Nullrunden
12/2021	Grundsteuergesetz beschlossen	Kritische Auseinandersetzung mit der Grundsteuerreform und dem Arbeitsaufwand & Darstellung Bayerisches Grundsteuergesetz
01-02/2022	Jobrad – Klimaretter, Rohr-krepiere oder nichts von alledem?	Darstellung der Vor- & Nachteile des Jobrads für die Beschäftigten
06/2022	„Leistungsschau“ des LfF im öD-Ausschuss und beim BBB-Hauptausschuss	Beihilfedigitalisierung – Erfolgsprojekt Computergestützte Rechnungsprüfung (CRP)
07/2022	Intensiver Austausch mit dem Finanzminister – bfg Landesleitung bei Albert Füracker	Kritik an qualitativer Arbeitsverdichtung und Forderung nach zweitem IT-Paket
10/2022	Amtsangemessene Alimentation	Darstellung d. Gesetzentwurfs zur Neuausrichtung orts- und familienbezogener Besoldungsbestandteile, Eingabe der bfg für Verbesserungen
11/2022	Hilfe, wir ertrinken in Arbeit	Kritik an ungenügender Stellenausstattung und Überlastung der Finanzämter
01-02/2023	Einfach nur BLÖD	Deutliche Kritik an der öffentlichen Meinung zur Grundsteuer – Kritik an Aussagen wie „Finanzämter sind unfähig und unwillig“
03/2023	Psychische Belastungen am Arbeitsplatz – Wie mit dem Druck umgehen?	Darstellung des gestiegenen Drucks und der belastenden Situation – Appell für Verbesserungen und Hilfe
03/2023	Beihilfestellen versinken in Arbeit	mehr Beamte – mehr Arbeit für das LfF, Appell an alle: mitzuhelfen
05/2023 und 06/2023	Fit für die Zukunft?	Zukunftsprobleme in der Steuer – Fachkräftemangel, Altlasten und Attraktivität
07/2023	Was geht, wenn man will...	Kritik an der Ungleichbehandlung für alle anderen Beamten bzgl. Besoldungsanpassung im Kultusbereich
08-09/2023	LPA stellt Jahresbericht vor! Bewerberzahlen weiter rückläufig!	LPA-Bericht 2022 zeigt Probleme auf, bfg-Forderungen werden endlich umgesetzt, bfg fordert weitere Verbesserungen
03/2024	Rotation als Beförderungsvoraussetzung muss weg!	bfg im Gespräch mit dem FM – Einsatz für Beendigung der Rotation als Beförderungsvoraussetzung
04/2024	Schöne neue Welt	grundlegende Veränderung des Arbeitsplatzes im Finanzamt
06-07/2024	Was ist uns unser Staat wert	23. bfg-Gewerkschaftstag in Würzburg & 75 Jahre bfg – inhaltliche Positionierung, Gewerkschaftszukunft und ein immenses Arbeitspensum
08-09/2024	Barrierefrei	Was heißt das im Alltag und warum profitieren wir alle davon
10/2024	Sommer, Sonne, Hitze im Büro – wieviel ist zu viel?	Pflicht der Arbeitgeber und Realität in den Ämtern
01-02/2025	Bürokratieabbau!	Bürokratie als Ursache allen Übels? Regelungsfülle lähmt unsere Verwaltung
03/2025	Hände weg von der Beamtenversorgung!	Bürgerversicherung und Rentenversicherung auch für Beamte? – kritische Auseinandersetzung
04/2025	Landtagsanhörung zum öffentlichen Dienst	Anhörung von Sachverständigen Wipijewski und Gürster zur Situation im öffentlichen Dienst
08-09/2025	Herrsching kommt für 400 Mio. nach Kronach!	Kritik am Beschluss der Kompletterlagerung, erkennt aber den Bedarf an Teilerlagerung an
10/2025	„Die Lage ist ernst! Die Herausforderungen sind groß!“	Mahnung zu besseren Bedingungen – IT, Haushalt, Nachwuchsgewinnung und Berufsbeamtentum
11/2025	Verwaltung mit Verantwortung und Wirkung	Relevanz – vom Steuerbescheid bis zur Staatsfinanzierung
12/2025	Vor den Kopf gestoßen	Kritik an Söder – und der angekündigten verzögerten Übernahme von jeweils 6 Monaten
03/2026	Lähmt er unser Land?	Der bundesstaatliche Finanzausgleich – eine Bestandsaufnahme
04/2026	Harte, aber faire Debatte mit Finanzminister Albert Füracker	Diskussion um Bezügeanpassung, Alimentation, Strukturreform, Arbeitsbelastung und IT-Probleme

Stimmzettel
für die Briefwahl

Hohe Wahlbeteiligung – starke Personalräte

Gemeinsam, menschlich und mutig voran – für den künftigen Einfluss der Beschäftigten!

Auf Augenhöhe soll die Personalvertretung mit der Dienststellenleitung agieren. Die Beschäftigten sollen so in die wesentlichen Entscheidungen eingebunden werden. Das ist die Philosophie des Bayerischen Personalvertretungsgesetzes (BayPVG). Diese Einflussmöglichkeit wurde hart erkämpft und ist keineswegs unumstritten. Wahlverzicht bestärkt deshalb die Kritiker in ihrer Meinung, wonach eine Teilhabe der Beschäftigten an der Leitung einer Behörde überflüssig ist. So weit darf es niemals kommen!

Es ist ein Alarmzeichen für jede Demokratie, wenn- wie bei manchen Landtagswahlen - gerade einmal etwas mehr als die Hälfte der Bürgerinnen und Bürger zu den Urnen geht. Offenbar versprechen sich die sog. „Nicht-Wähler“ nichts von ihrem Kreuzchen.

Man muss hierbei aber immer bedenken: gehen nur 50 Prozent der Berechtigten zur Wahl, reichen bereits 26 Prozent der Stimmen, um der Bevölkerung einen Willen aufzuzwingen, der nur noch zufällig etwas mit der Mehrheitsmeinung zu tun hat. Das ist – allein vom Ergebnis her – alles andere als demokratisch. Das System läuft in diesem Fall natürlich Gefahr, komplett infrage gestellt zu werden. Ob das die „Nicht-Wähler“ wollen? Vermutlich nicht.

Nun gibt es wohl oder übel einen Bevölkerungsanteil, der mit der demokratischen Idee nicht (mehr) viel anzufangen weiß. Aber das dürfte in Deutschland dennoch eine sehr kleine Minderheit sein. Die Masse der „Nicht-Wähler“ ist dagegen entweder zu bequem, um sich am Wahltag aufzuraffen, oder kann sich mit keinem Angebot so recht identifizieren. Bevor man dann das vermeintlich geringste Übel wählt, wird lieber auf

die eigene Stimme gänzlich verzichtet. Das ist nicht nur schade, sondern schlimmstenfalls fatal - schließlich lässt man so den Dingen ihren Lauf und trägt damit im Ernstfall auch zum größeren Übel bei.

Dienststellenleiter könnten Wahlverzicht in ihrem Sinne auslegen

Nicht ganz so dramatisch, in der Wirkung aber durchaus vergleichbar, stellt sich die Situation bei Betriebs- oder Personalratswahlen dar.

Die gewählten Gremien können dabei zwar nicht allein über die künftige Richtung entscheiden, insofern erscheinen die Folgen eines Wahlverzichts vielleicht weniger gravierend. Aber gerade, weil die Gremien eben nicht allein entscheiden können, brauchen sie die Legitimation umso dringender. So manche Dienststellenleitung betrachtet einen Wahlverzicht durchaus als Vertrauensbeweis in die eigene Kompetenz- nach dem Motto: Es braucht keinen Personalrat, weil „wir“ alles richtig machen - und die Leute sehen das auch so, sonst würden sie ja wählen gehen!

Das Gewicht der Personalvertretung in einer Dienststelle hängt deshalb ganz entscheidend an der Wahlbeteiligung! Bisher konnten die Personalratsgremien in der Bayerischen Finanzverwaltung gottseidank nicht klagen. Die Wahlbeteiligung lag zuletzt im Schnitt bei etwa 80 Prozent. Das machte Eindruck und zeigte, dass die Beschäftigten mitreden wollen und sich nicht alles gefallen lassen. Diese 80 Prozent waren – und sind bis heute – die Basis für Verhandlungen auf Augenhöhe. Bei solch überzeugend hohen Wahlbeteiligungen sind dann auch Zugeständnisse zugunsten der Beschäftigten erreichbar.

Die Verwaltung bäugt also sehr genau, ob die Wahlbeteiligung steigt oder sinkt. Und je nachdem, wird es für die Personalräte einfacher oder schwieriger, die Interessen der Beschäftigten zu vertreten.

Wählen gehen ... und zwar die bfg!

Am 23. Juni entscheidet sich, wie es mit der Beschäftigtenvertretung in der Bayerischen Finanzverwaltung weiter geht. Die bfg stellt Kandidatinnen und Kandidaten auf allen Ebenen, um den hehren Anspruch auch mit Leben zu erfüllen.

„Gemeinsam, menschlich, mutig voran“ ist kein Versprechen, dass alles einfach wird. Es ist ein Auftrag. An die Gewerkschaft, an die Personalräte – und an jede und jeden Einzelnen, Verantwortung zu übernehmen. Erfolgreiche Personalratsarbeit entsteht nicht in luftleerem Raum. Es braucht Rückhalt, es braucht Rechtsschutz, es braucht Fortbildung, es braucht ein Netzwerk!

Die bfg bietet ein solches Netzwerk - und hat sich in den letzten Jahrzehnten im Bereich der Finanzverwaltung auf allen Ebenen durch viel Herzblut und Kompetenz ausgezeichnet. Entscheidend wird sein, dass das auch die Beschäftigten am Wahltag durch ihr Kreuz ausdrücken!

Deshalb gilt: Jede Stimme zählt! Wer nicht wählt, verzichtet auf Teilhabe – und schwächt am Ende die eigenen Rechte! Eine hohe Wahlbeteiligung ist der Schlüssel für starke Personalräte – und damit für starke Beschäftigte!

Gemeinsam, menschlich und mutig voran lässt sich viel bewegen. Deshalb am 23. Juni 2026 die Liste der bfg wählen!



262888551 - stock.adobe.com

bfg Bowling

22.05.2026

Unterföhring

bfg Drachenboot

15.07.2026

Oberschleißheim

bfg Classics

13.06.2026

Nördlingen

LAUFEN



VOLLEYBALL

BOWLING



STOCKSCHIESSEN

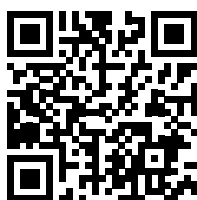
DARTS

DRACHENBOOT

FUSSBALL



BOGENSCHIESSEN



Alle Informationen zum Bayernturnier und dem Drachenbootrennen finden Sie unter: www.bayernturnier.de



Bayerischer
Finanzsportverein



to go

FAQs – kurz und knapp



Unser FAQ „to go“ – Kompakt, aktuell und praxisnah

Seit 2019 sind die „to go“-Beiträge ein fester Bestandteil der bfg-Zeitung. Diese Seite fungiert als kompaktes Nachschlagewerk zu vielfältigen Themen und wurde über die Jahre zu einer umfangreichen Sammlung ausgebaut. Die Beiträge behandeln querbeet unterschiedliche Fragestellungen und werden laufend aktualisiert.

Beim Öffnen eines einzelnen „to go“ in der App sehen Sie in der ersten Zeile den jeweiligen Stand des Beitrags – so erkennen Sie sofort, wie aktuell die Informationen sind. Die einzelnen Themen werden auch zu gegebener Zeit aktualisiert. Besonders praktisch: Die FAQ sind dort jeweils mit den relevanten gesetzlichen Fundstellen versehen, sodass Sie bei Bedarf direkt auf die Quelle zugreifen können. Alle Beiträge sind in der App unter der Rubrik FAQ to go zusammengefasst.

Veröffentlichungen der letzten 12 Monate

In den vergangenen zwölf Monaten wurden FAQ zu folgenden Themen veröffentlicht:

- Krankenhausdirektabrechnung
- Krankenversicherungsnummer (KVNR)
- Orts- und Familienzuschlag: pflegebedürftiger Angehöriger und Änderung in der Teilzeitkürzung
- Welche Freistellungen gelten bei erkrankten Kindern?
- Arbeiten in der Nacht, an Wochenenden und Feiertagen
- Mitarbeiterservice – Formulare
- 5 Teile zum Thema Pflege:
 - Anspruch und Pflegegrad
 - Häusliche Pflege
 - Verhinderungspflege, Kurzzeitpflege
 - Stationäre Pflege und vollstationäre Einrichtungen der Behindertenhilfe
 - Entlastungsanspruch, beihilfefähige Aufw. bei Pflegegrad 1 und die Palliativversorgung
- Wesentliche Änderungen in der UrIMV zum 1.1.2025

Diese Auswahl zeigt die Breite der Themen: von organisatorischen Fragen rund um Dienstzeiten und Zuschläge bis hin zu ausführlichen Informationen im Pflegebereich.

Unsere Devise: Kurz, präzise, verständlich. Die „to go“-Beiträge sollen schnell Orientierung bieten und gleichzeitig genügend Orientierung für weiterführende Schritte liefern. Dabei legen wir Wert auf klare Sprache und praktische Hinweise, damit die Informationen schnell nutzbar sind. Gesetzliche Fundstellen in den FAQ sorgen für Nachvollziehbarkeit und ermöglichen vertiefende Recherchen.

Anregungen und Themenwünsche sind willkommen und ausdrücklich erwünscht. Haben Sie ein Thema, das fehlt oder das wir vertiefen sollen? Senden Sie uns Ihre Vorschläge – wir prüfen und ergänzen die Sammlung kontinuierlich.

Unsere Angebote für Sie im Internet



Zusammen mit ihren Dachverbänden BBB, DSTG und dbb beamtenbund und tarifunion vertritt die bfg auf allen Ebenen die Interessen ihrer Mitglieder. Entsprechend vielfältig sind die Angebote und Informationskanäle im Internet.

Nachfolgend erhalten Sie eine kleine Übersicht über die wichtigsten Kommunikationskanäle der bfg! Alle Internetlinks sind sowohl als Text als auch als QR-Code abgebildet. So können Sie auch mit einem mobilen Endgerät schnell und bequem direkt auf die jeweiligen Angebote zugreifen.

bfg Webseite:

www.finanzgewerkschaft.de/



Hier finden Sie Informationen über die bfg, die Bezirksverbände und die bfg-Jugend.

bfg auf Social Media:



Facebook
<https://www.facebook.com/Finanzgewerkschaft/>

bfg-Jugend:



Facebook
www.facebook.com/bfgjugend

Offizielle Webseite zu den PR-Wahlen 2026:



www.personalratswahlen.bayern

Hier finden Sie alle aktuellen Informationen und Termine zu den Personalratswahlen in diesem Jahr.

GLEICH VORMERKEN: 23.06.2026



<https://www.instagram.com/finanzgewerkschaft/>

Instagram
https://www.instagram.com/bayerische_finanzgewerkschaft/



Instagram
www.instagram.com/bfgjugend



Youtube
www.youtube.com/@BayerischeFinanzgewerkschaft

Bayernturnier:



www.bayernturnier.de/
Hier finden Sie alle Informationen und die aktuellen Termine.

Dachverbände:

Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DSTG)



www.dstg.de/



Bayerischer Beamtenbund e.V. (bbb)
www.bbb-bayern.de/



dbb beamtenbund und tarifunion
www.dbb.de/

Angebote des dbb:

dbb vorsorgewerk / dbb vorteilswelt
www.dbb-vorteilswelt.de/



dbb akademie
www.dbbakademie.de/

Deutsche Beamtenbund Jugend Bayern:



<https://dbbjb.eu>
Hier finden Sie alle Neuigkeiten der DBB-Jugend Bayern.

DSTG-Jugend:

Instagram



https://www.instagram.com/dstg_jugend/

Unter diesem Link finden Sie aktuelle Themen und Berichte der DSTG-Jugend Bund.

Fachliteratur:

dbbjb.eu/aktion-15/



Über die Deutsche Beamtenbund Jugend Bayern haben Sie als bfg-Mitglied in Ausbildung oder im Studium die Möglichkeit Fachliteratur zu bestellen.

...DER NEWSTICKER...

..DER NEWSTICKER.....

Mit gutem Beispiel voran BBB fordert 1.000-Euro-Entlastungsprämie bfg schlägt zusätzlich Ausweitung des Homeoffice vor

Die stark gestiegenen Energie- und Lebenshaltungskosten belasten auch die Beschäftigten im öffentlichen Dienst erheblich. Der Bayerische Beamtenbund fordert den Freistaat Bayern deshalb auf, die angekündigte steuer- und abgabenfreie Entlastungsprämie von bis zu 1.000 Euro auch für den öffentlichen Dienst umzusetzen.

„Wer von der Wirtschaft Entlastung einfordert, darf bei den eigenen Beschäftigten nicht zurückstehen. Der Staat muss hier mit gutem Beispiel vorgehen“, betont BBB-Vorsitzender Rainer Nachtigall.

Auch die hohen Benzinpreise treffen viele Kolleginnen und Kollegen unmittelbar. Wer täglich weite Wege zur Dienststelle zurücklegt, spürt dies an der Zapfsäule besonders deutlich. Gerade im Flächenstaat Bayern sind viele Beschäftigte auf das Auto angewiesen. Die bfg hat deshalb gegenüber Staatsminister Albert Füracker vorgeschlagen, die Möglichkeiten zur Arbeit von daheim vorübergehend auszuweiten.

Konkret schlägt die bfg vor, die Obergrenze für flexible Telearbeit im Finanzressort für drei Monate um einen zusätzlichen Tag pro Woche anzuheben. Eine Anrechnung auf das Jahreskontingent soll dabei nicht erfolgen. Die persönlichen und dienstlichen Voraussetzungen bleiben selbstverständlich unberührt. Es geht also nicht um eine pauschale Regelung ohne Rücksicht auf die Arbeitsfähigkeit der Dienststellen, sondern um eine pragmatische Erweiterung dort, wo sie möglich ist.

Der Vorteil liegt auf der Hand: Weniger Fahrten bedeuten geringere Tankkosten, weniger Kraftstoffverbrauch und weniger Emissionen. Zugleich würde eine solche Regelung schnell wirken, ohne langwierige Verfahren und ohne zusätzliche Belastung des Staatshaushalts. Sie wäre ein konkretes Signal, dass die Sorgen der Beschäftigten ernst genommen werden.

Für die bfg ist klar: Wer über Entlastung spricht, muss die eigenen Beschäftigten mitdenken. Der öffentliche Dienst hält den Staat am Laufen. Eine Antwort des Ministers lag zum Redaktionsschluss am 1. Mai noch nicht vor.



Ein Abend der Demokratie Gerhard Wipijewski gratuliert Prof. Ursula Münch zur Auszeichnung mit dem Wilhelm-Hoegner-Preis

Die Politikwissenschaftlerin Ursula Münch wurde kürzlich im Bayerischen Landtag mit dem Wilhelm-Hoegner-Preis 2026 ausgezeichnet. Die SPD-Fraktion, die diese Ehrung seit 1988 vergibt, würdigt damit Münchs Verdienste als Direktorin der Akademie für politische Bildung sowie ihren außerordentlichen Einsatz für die Demokratie – ganz im Geiste der Bayerischen Verfassung und des ersten bayerischen Ministerpräsidenten Wilhelm Hoegner.

In seiner zweiten Amtszeit war Ministerpräsident Hoegner 1957 einer der Initiatoren zur Gründung der Akademie für politische Bildung, die bis heute als eine einzigartige Institution in der politischen Bildungslandschaft Deutschlands gilt. Ursula Münch leitet die Akademie seit 2011.

bfg-Vorsitzender Gerhard Wipijewski gratulierte Ursula Münch sehr herzlich zur Auszeichnung. Gerhard Wipijewski gehört derzeit auf vier Jahre als einziger Vertreter der Gewerkschaften dem 26-köpfigen Beirat der Akademie an, der laut Akademiegesetz die Verbindung zur Öffentlichkeit herstellen und die Direktorin beraten soll.

In seiner Festrede würdigte Bundespräsident a. D. Joachim Gauck die Preisträgerin als prägende Stimme der politischen Bildung: „Mit der Verleihung des Wilhelm-Hoegner-Preises wird in diesem Jahr Prof. Dr. Ursula Münch für ihr herausragendes wissenschaftliches und öffentliches Wirken geehrt – und für eine Haltung, die die freiheitliche Demokratie als Ordnung der Verantwortung und des Gemeinsinns versteht. Professorin Münch macht Politik verständlich, ohne sie zu vereinfachen, und öffnet damit vielen den Zugang zu demokratischen Debatten. Sie steht für klare Analyse, intellektuelle Redlichkeit und den Mut, auch unbequeme Wahrheiten auszusprechen. Wer ihr zuhört, geht selten beruhigt, aber fast immer klüger nach Hause.“

In ihrer Dankesrede stellte die Geehrte das anschließend wieder unter Beweis. Der fotografierte Fotograf ist MdL Volkmar Halbleib, Fraktions-Vize der SPD.

Jetzt anmelden: AStQ4-Herbstseminar

„Neue Namen sind fix, sonst ändert sich nix? Führen in optimierten Strukturen“

Wann: 13.10-15.10.2026

Wo: Hotel „Das Hürner“, Ansbach

Und das sind die spannenden Themen

- Erfahrungsaustausch Strukturreform: Wir fragen, Mittelfranken antwortet mit Ursula Vorlaufer, Bernd Göppner, Dr. Michael Reichert, Eva-Maria Götz und Thomas Wagner
- Medizinische Untersuchungsstelle
Wie läuft das Verfahren beim Amtsarzt?
Rebecca Löffler und Claudia Wienand wissen Antworten.
- Aktuelles aus der Gewerkschaft mit Gerhard Wipijewski
- Neues aus dem BayStMFH mit Dr. Arnd Weißgerber
- Was im Kopf passiert, wenn die Struktur sich ändert mit Dipl. Psych. Egid-Quirin Roth
- KI und Organisation mit Hubertus Rust

Anmeldung bis 14.9.26 an info@bfg-mail.de

Teilnahme für bfg-Mitglieder gebührenfrei; sonst 550,-EUR

Anmeldungen erstmaliger Teilnehmer werden bevorzugt berücksichtigt



Länderübergreifender Austausch von Steuerfahnderinnen und Steuerfahndern

Im März veranstaltete die ddb Akademie in Zusammenarbeit mit der DSTG das Seminar „Steuerpolitik und Steuerfahndung“ in Hannover. Sechzig Steuerfahnder aus dem gesamten Bundesgebiet, darunter auch 11 Kolleginnen und Kollegen aus Bayern, folgten der Einladung.

Gleich der erste Tag begann mit einem absoluten Highlight. Anne Brorhilker, die ehemalige Oberstaatsanwältin bei der Staatsanwaltschaft

Köln, die zu Cum/Ex ermittelt hat und jetzt Vorsitzende der Bürgerbewegung Finanzwende ist, hielt einen Impulsvortrag. Sie zeigte dabei auch die Probleme auf, mit denen Behörden täglich zu kämpfen haben und sprach vielen Kolleginnen und Kollegen mit ihren Worten direkt aus der Seele.

Die gesamte Veranstaltung war geprägt vom Austausch und Diskussionen zu aktuellen Thematiken unter anderem mit Vorträgen von Vertretern

von Kriminalpolizei und Staatsanwaltschaft. Kritisch diskutiert wurde unter den Anwesenden daneben auch die IT-Situation in der Steuerfahndung aktuell am Beispiel der immer noch ausstehenden Komponente eSpog, die für eine elektronische Aktenführung Grundvoraussetzung ist.

Es war eine sehr gelungene Veranstaltung mit wichtigen Informationen für die tägliche Arbeit und neuen Kontakten.



NÜRNBERGER
VERSICHERUNG

Außergewöhnliches leisten.

Die NÜRNBERGER hat den passenden Schutz für Beamte und Arbeitnehmer im Öffentlichen Dienst. Zum Beispiel unsere **Unfallversicherung Private Line**.

**Für Menschen,
die Außergewöhnliches leisten.**

NÜRNBERGER Allgemeine Versicherungs-AG
Ostendstraße 100, 90334 Nürnberg
www.nuernberger.de/beamte-oeffentlicher-dienst

Personen- und Funktionsbezeichnungen stehen für alle Geschlechter gleichermaßen.

Starke Stimme für die Zukunft: Die JAV-Wahl 2026

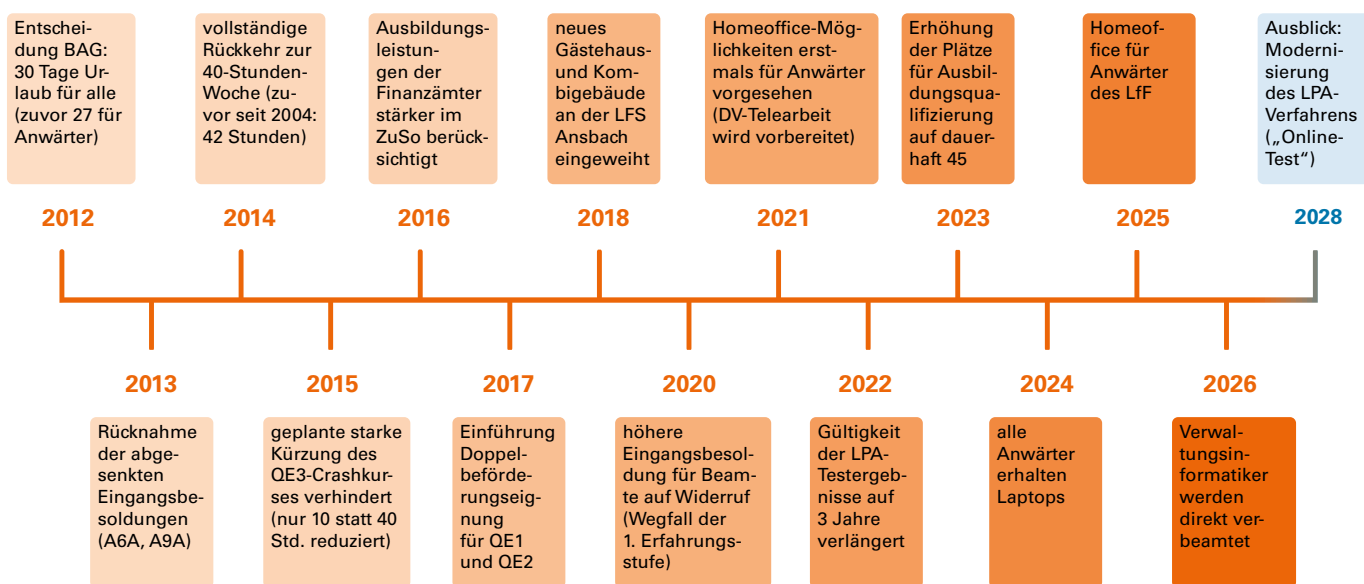
Am 23. Juni 2026 werden viele junge, engagierte Kolleginnen und Kollegen erstmalig in eine Jugend- und Auszubildendenvertretung gewählt. Vor dieser neuen Herausforderung gibt es auf einmal einen Berg von Fragen. Was sind eigentlich meine Aufgabe? Wem kann ich Fragen stellen? Für wen bin ich nun Ansprechpartner?

Die bfg-Jugend hilft mit ihren Schulungen dabei, Klarheit zu schaffen,

zeigt den jungen Personalräten ihre Rechte und Pflichten und vermittelt die rechtlichen Grundlagen nach dem Bayerischen Personalvertretungsgesetz.

Für einige hat sich zunächst vermutlich auch die Frage gestellt, warum man sich in der JAV engagieren sollte. Die Antwort ist eigentlich ganz einfach: Weil es sich lohnt, sich für die Beschäftigten der Finanzverwaltung einzusetzen. Das klingt sehr plakativ,

ist aber die Wahrheit. Insbesondere in einer Zeit von Umstrukturierungen und viel Unsicherheit ist es wichtig, erfahrene, gut vernetzte und engagierte Interessenvertretungen zu haben. Darüber hinaus gilt: nichts ist zufriedenstellender, als etwas Positives für seine Kolleginnen und Kollegen erreicht zu haben. Ein Blick in die Vergangenheit zeigt, welche Erfolge die Jugendvertretungen in Zusammenarbeit mit den Personalräten bereits verzeichnen konnten:



Diese Erfolge und Meilensteine konnten erreicht werden, weil sich engagierte Kolleginnen und Kollegen in den Jugendvertretungen und Personalräten ständig im konstruktiven Austausch mit der Verwaltung und den Bildungseinrichtungen befanden.

Dabei war und ist ein sehr wichtiger Teil der Arbeit der Jugendvertretung, die Anwärterinnen und Anwärter und ihre Bedürfnisse zu kennen und für sie da zu sein. Denn nur so können viele Anregungen und Möglichkeiten erarbeitet und gegenüber dem Dienstherrn argumentativ hochwertig

vorgebracht werden. Weitere Erfolge sollen auch in Zukunft entstehen und daher setzt die bfg-Jugend ab August (Beginn der Amtszeit) auf schlagfertige Teams vor Ort in den Dienststellen und auf den Ebenen von Landesämtern und Ministerium. Überörtlich werden Entscheidungen getroffen, die für alle Kolleginnen und Kollegen entscheidend sind.

Und spätestens hier kommt die bfg-Jugend ins Spiel. Wir bereiten „unsere“ Jugendvertretungen durch Schulungen, Informationsveranstaltungen und durch ein Netzwerk

untereinander bestens auf die Personalratsarbeit vor! Unsere Jugendvertreter wissen, wo es in den Dienststellen Probleme gibt und wo Verbesserungspotenzial vorhanden ist.

Am 23. Juni 2026 besteht wieder die Möglichkeit, die Zusammensetzung der JAV-Gremien für 2,5 Jahre neu zu bestimmen. Macht bitte von Eurem Wahlrecht Gebrauch und wählt unsere Kandidatinnen und Kandidaten. Unsere Spitzenkandidaten möchten wir auf der nächsten Seite vorstellen.

Vorstellung der Spitzenkandidaten für die JAV-Wahlen 2026



Viktoria Blümelhuber

kandidiert für die HJAV

Alter: 25 Jahre
Dienststelle: Finanzamt
Eggenfelden



Stelle:

Ausbildungsqualifizierung,
Mitglied der HJAV & im öPR



Hobbies:

Skifahren, Rennradfahren, Laufen,
Schwimmen, Tennis



Wofür möchtest du dich einsetzen?

Ich setze mich für eine faire und digitale Ausbildung ein und möchte aktiv Verbesserungen vorantreiben. Mir ist wichtig, dass die Stimme der jungen Beschäftigten gehört und ernst genommen wird.



Max Frischmann

kandidiert für die
BJAV Süd

Alter: 26 Jahre
Dienststelle: Finanzamt Passau



Stelle:

Betriebsprüfung



Hobbies:

Wandern, Landjugend, „Herr der Ringe“,
Schwimmen, Kochen, Spaß mit Freunden



Wofür möchtest du dich einsetzen?

Ich möchte faire Bedingungen an allen Ausbildungsstandorten schaffen und eine sinnvolle Einbindung von KI in unsere digitale Ausbildung.



Carina Parks

kandidiert für die
BJAV Nord

Alter: 25 Jahre
Dienststelle: FA Bamberg



Stelle:

Bewertungsstelle



Hobbies:

Gartenarbeiten, Lesen, Interior-Design, Reisen



Wofür möchtest du dich einsetzen?

Ich möchte eine qualitativ hochwertige, faire und praxisnahe Ausbildung, eine offene Kommunikation zwischen Auszubildenden und Verwaltung und eine Unterstützung bei Herausforderungen im Ausbildungsalltag für alle Beschäftigten.



Maximilian Wanner

kandidiert für die
GJAV beim LfF

Alter: 24 Jahre
Dienststelle: LfF Regensburg



Stelle:

Leitstelle HKR
Mitglied der HJAV & der GJAV



Hobbies:

Radfahren, Laufen, Vereinsarbeit, Lesen



Wofür möchtest du dich einsetzen?

Ich will mich dafür einsetzen, dass die Ideen und Vorschläge von jungen Kolleginnen und Kollegen besser gehört werden und die Arbeitsbedingungen an den Theorie- und Praxisorten auf hohem Niveau sind.

Ortsverband beim Finanzamt Regensburg

Ortsverband Regensburg gut für die Zukunft aufgestellt

Bei der diesjährigen Ortsverbandsversammlung der bfg beim Finanzamt Regensburg konnte Ortsvorsitzende Martina Sixt fast 80 Mitglieder begrüßen. Besonders willkommen hieß sie den Bezirksvorsitzenden Thomas Wagner, der über aktuelle Entwicklungen in der Finanzverwaltung informierte.

Unter den Gästen befanden sich auch der ehemalige Amtsleiter und bfg-Justiziar Norbert Reichel sowie der DSTG-Ehrenvorsitzende Dieter Ondracek. Amtsleiter Engelhardt richtete ein Grußwort an die Versammlung und würdigte das große Engagement der Mitglieder sowie die stets gute und konstruktive Zusammenarbeit.

In ihrem Bericht blickte Martina Sixt auf ein aktives Verbandsjahr zurück. Zu den Höhepunkten zählten eine Führung im Jahnstadion, die Ortsverbandsreise ins Ahrtal sowie die erfolgreiche Teilnahme am Bayernturnier in Aschaffenburg, bei dem Regensburg in mehreren Disziplinen stark vertreten war. Zugleich richtete sie den Blick bereits auf das Jahr 2027: Dann wird das Finanzamt Regensburg selbst Ausrichter des Bayernturniers sein.

Auch für das laufende Jahr ist der Ortsverband gut aufgestellt. Besonders großes Interesse fand die geplante Ortsverbandsreise an den Lago Maggiore, die bereits innerhalb einer Woche vollständig ausgebucht war.

Erfreulich entwickelte sich auch die Arbeit der bfg-Jugend. Mit Veranstaltungen wie dem Bergfest, Bowlingabenden und gemeinsamen Dultbesuchen mit den Anwärterinnen und Anwärtern trägt sie dazu bei, den Zusammenhalt zu stärken und den Austausch in lockerer Atmosphäre zu fördern.

Neben dem Verbandsleben kamen auch aktuelle berufspolitische Themen zur Sprache. Martina Sixt sprach insbesondere die verzögerte Übernahme des Tarifergebnisses sowie Fragen der Alimentation an, die viele Kolleginnen und Kollegen derzeit beschäftigen.

Auf der Tagesordnung standen zudem Nachwahlen im Vorstand. Der bisherige Schatzmeister Andreas Kaiser hatte sein Amt aus persönlichen



Die Jubilare von links nach rechts: Sibylle Schmitz (25 Jahre), Johann Weinzierl (60 Jahre), Inge Kastenmeier (50 Jahre), Siegfried Dietl (60 Jahre), Helga Mayer (50 Jahre), Gerhard Griemann (60 Jahre), Gabriele Jobst (40 Jahre), Manfred Pärre (25 Jahre)

Gründen niedergelegt. Martina Sixt dankte ihm für seine geleistete Arbeit. Zu seinem Nachfolger wurde Thomas Bauer einstimmig gewählt. Ebenfalls einstimmig fiel die Wahl von Moritz Winklmann zum neuen Rechnungsprüfer aus.

Mit Blick auf die Personalratswahlen am 23. Juni 2026 sieht sich der bfg-Ortsverband Regensburg ebenfalls gut aufgestellt. Die Listen für die Jugend, für die Beamtinnen und Beamten sowie für die Tarifbeschäftigten wurden von der Versammlung einstimmig beschlossen. Auch für die überörtlichen Gremien schickt Regensburg kompetente Kandidatinnen und Kandidaten ins Rennen.

In seinem Beitrag schilderte Bezirksvorsitzender Thomas Wagner die anhaltend angespannte Situation in der Finanzverwaltung. Gewerkschaftliche Arbeit, so Wagner, bringe nicht immer nur Erfolge, sondern erfordere oft auch schwierige Kompromisse – so leider auch bei den letzten Tarifverhandlungen, deren Ergebnis vielerorts zurecht als unzureichend empfunden werde. Umso wichtiger sei gerade in solchen Zeiten der Zusammenhalt.

Die Probleme seien seit Jahren im Kern dieselben: eine angespannte Personalsituation, störanfällige IT-Systeme und eine weiter steigende Arbeitsbelastung. Hinzu kämen organisatorische Rahmenbedingungen, die in der Praxis zusätzliche Arbeit

verursachten und von den Beschäftigten mit großem Einsatz aufgefangen werden müssten. Dieses Engagement werde jedoch vielfach nicht ausreichend wahrgenommen.

Auch die Frage der amtsangemessenen Alimentation bleibe ein drängendes Thema. Über 65.000 Einsprüche gegen die Besoldung machten deutlich, wie groß die Unzufriedenheit sei. Gleichzeitig werde politisch immer wieder der Abbau von Bürokratie gefordert, während bei den Beschäftigten gespart werde. Viele empfänden dies als widersprüchlich und als Zeichen fehlenden Rückhalts.

Ein besonderer Moment der Versammlung war schließlich die Ehrung langjähriger Mitglieder. Für ihre Treue zur bfg wurden ausgezeichnet: Sibylle Schmitz und Manfred Pärre für 25 Jahre Mitgliedschaft, Gabriele Jobst für 40 Jahre, Inge Kastenmeier und Helga Mayer für 50 Jahre sowie Johann Weinzierl, Siegfried Dietl und Gerhard Griemann für 60 Jahre Mitgliedschaft. Die Ehrungen unterstrichen die starke Verbundenheit vieler Mitglieder mit der bfg über Jahrzehnte hinweg.

Die Ortsverbandsversammlung machte deutlich: Die bfg Regensburg ist nicht nur organisatorisch gut aufgestellt, sondern lebt vor allem vom Engagement ihrer Mitglieder, vom gelebten Zusammenhalt und von einem aktiven Verbandsleben.

Ortsverband beim Finanzamt Kitzingen

Horst Ebert und Frank Wehner im Amt bestätigt

Bei der Mitgliederversammlung des bfg-Ortsverbandes beim Finanzamt Kitzingen konnte Ortsvorsitzender Horst Ebert im vollbesetzten Sitzungssaal 30 Mitglieder begrüßen.

Als Ehrengast nahm Katharina Hacker, Schatzmeisterin des bfg-Bezirksverbandes Nordbayern vom Finanzamt Obernburg, Außenstelle Amorbach, an der Versammlung teil. Sie informierte die Anwesenden ausführlich und kompetent über die anstehende Strukturreform in der Steuerverwaltung und gab dabei einen umfassenden Überblick über die aktuellen Entwicklungen und Herausforderungen.

Im Anschluss berichtete Horst Ebert über die erfolgreiche Arbeit des Ortsverbandes Kitzingen. Besonders erfreulich ist die positive Mitgliederentwicklung. Der Ortsverband zählt inzwischen mehr als 60 Mitglieder und ist damit weiterhin gut aufgestellt. Danach trug Frank Wehner den Kassenbericht vor. Auch die finanzielle Entwicklung des Ortsverbandes wurde als erfreulich bewertet.

Bei den anschließenden Vorstandswahlen wurden Horst Ebert als Ortsvorsitzender und Frank Wehner als stellvertretender Ortsvorsitzender in ihren Ämtern bestätigt. Damit setzt der Ortsverband auf Kontinuität und



(v.l.n.r.) 1. Reihe: Thomas Wagner, Bezirksvorsitzender; Manfred Dix, 60 Jahre Mitgliedschaft; 2. Reihe: Sigrid Mantel, Kassierin; Karl-Heinz Bock, 40 Jahre Mitgliedschaft; Marvin Dildey, stv. Ortsvorsitzender; Frank Reinhart, Ortsvorsitzender; 3. Reihe: Larissa Dunkel, Beisitzerin; Brigitte Watzke, 25 Jahre Mitgliedschaft; Michaela Brönnner, Kassenprüferin

bewährtes Engagement.

Ein weiterer wichtiger Punkt der Mitgliederversammlung war die Ehrung langjähriger Mitglieder. Insgesamt konnten 19 Kolleginnen und Kollegen für ihre Treue zur bfg ausgezeichnet werden.

Für 25 Jahre Mitgliedschaft wurden Volker Müller, Andrea Schmitt, Frank Wehner und Daniela Ziegler geehrt.

Für 40 Jahre Mitgliedschaft wurden Winfried Braun, Karl Eitel, Barbara Göbel, Beate Jünk, Walter Körber, Gottfried Mantsch, Claudia Münch, Brigitte Nowak, Bernhard Schmitt und Roland Stühler ausgezeichnet.

Für 50 Jahre Mitgliedschaft wurden Helmut Schenk, Irmengard Theumer und Irene Ziermann geehrt.

Eine besondere Ehrung erhielt Lothar Kipping für 60 Jahre Mitgliedschaft. Für außergewöhnliche 70 Jahre Mitgliedschaft wurde Erhard Klos ausgezeichnet.

Die Mitgliederversammlung zeigte eindrucksvoll, dass der bfg-Ortsverband Kitzingen auf einer starken Basis steht. Mit engagierten Mitgliedern, einer soliden Vorstandschaft und einer erfreulichen Entwicklung blickt der Ortsverband zuversichtlich in die Zukunft.

Ortsverband beim Finanzamt Lohr

Mitglieder in Lohr am Main bestätigen den Vorstand

Die diesjährige Ortsverbandsversammlung des bfg-Ortsverbandes Lohr am Main fand im Sitzungssaal des Finanzamts Lohr am Main statt. Ortsvorsitzender Frank Reinhart konnte neben den zahlreich erschienenen Mitgliedern auch den Bezirksvorsitzenden Thomas Wagner begrüßen.

Zu Beginn gab Reinhart einen Rückblick auf die Tätigkeit des Ortsverbandes im Jahr 2025. Besonders dankte er den Mitgliedern, die trotz winterlicher Witterung an der Protestveranstaltung am 2. Februar 2026 in Nürnberg teilgenommen und damit Präsenz für die Anliegen der Beschäftigten gezeigt hatten. Anschließend berichtete Kassierin Sigrid Mantel über die Finanzen des Ortsverbandes. Kassenprüferin Michaela Brönnner bescheinigte ihr eine einwandfreie



v.l.n.r. 1. Reihe Thomas Wagner, Manfred Dix, 60 Jahre Mitgliedschaft, 2. Reihe Sigrid Mantel, Kassierin; Karl-Heinz Bock, 40 Jahre Mitgliedschaft; Marvin Dildey, stv. Ortsverbandsvorsitzender; Frank Reinhart, Ortsverbandsvorsitzender 3. Reihe Larissa Dunkel, Beisitzerin, Brigitte Watzke, 25 Jahre Mitgliedschaft, Michaela Brönnner, Kassenprüferin

Kassenführung, woraufhin dem Vorstand Entlastung erteilt wurde. Im weiteren Verlauf standen Neuwahlen

auf der Tagesordnung. Dabei wurden Frank Reinhart als Ortsverbandsvorsitzender, Cathrin Vierheilig und

Marvin Dildey als stellvertretende Vorsitzende sowie Sigrid Mantel als Kassierin in ihren Ämtern bestätigt. Florian Beck wurde erneut als Beisitzer gewählt, neu in den Vorstand gewählt wurde Larissa Dunkel.

Im Anschluss berichtete Bezirksvorsitzender Thomas Wagner über aktuelle Themen der Gewerkschaftsarbeit und die derzeitige Lage in der bayerischen Steuerverwaltung. Dabei machte er deutlich, dass viele Kolleginnen und Kollegen in den Finanzämtern weiterhin unter hohem Druck stehen. Die Arbeits- und Personalsituation bleibe angespannt, zumal immer neue Aufgaben, steigende Anforderungen und eine zunehmende Arbeitsverdichtung auf ohnehin stark belastete Bereiche träfen.

Ein Schwerpunkt seines Berichts waren die immer häufiger auftre-

tenden Probleme im IT-Bereich. Wiederkehrende Ausfälle, instabile Anwendungen und unterschiedliche technische Plattformen erschwerten die tägliche Arbeit erheblich. Wagner betonte, dass Digitalisierung nur dann eine echte Entlastung sein könne, wenn die eingesetzten Verfahren zuverlässig funktionierten und die Beschäftigten vor Ort ausreichend unterstützt würden. Auch die Nachwuchsgewinnung sprach Wagner an. Angesichts des demografischen Wandels und der wachsenden Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt sei es entscheidend, die Finanzverwaltung als attraktiven Arbeitgeber sichtbar zu machen. Dazu gehörten gute Arbeitsbedingungen, verlässliche Perspektiven und eine moderne Ausbildung ebenso wie Wertschätzung für die Arbeit der Beschäftigten.

Darüber hinaus ging Wagner auf die ersten Erfahrungen mit der Strukturoptimierung in Mittelfranken ein. Er machte deutlich, dass organisatorische Veränderungen nur gelingen könnten, wenn sie praxisnah umgesetzt und die Beschäftigten frühzeitig eingebunden würden. Entscheidend sei, dass Qualität vor Schnelligkeit gehe und die Belastungen vor Ort nicht weiter zunehmen. Die bfg werde diesen Prozess weiterhin kritisch, aber konstruktiv begleiten und sich dafür einsetzen, dass die Interessen der Kolleginnen und Kollegen deutlich gehört werden.

Zum Abschluss der Versammlung ehrte Wagner mehrere Mitglieder für ihre langjährige Mitgliedschaft und Treue zur bfg. Die Veranstaltung klang bei einem kleinen Imbiss und guten Gesprächen aus.

Ortsverband beim FA Deggendorf Einstimmung auf die Wahlen bei der Ortsverbandsversammlung

Zur Ortsverbandsversammlung 2026 im Sitzungssaal des Finanzamts Deggendorf begrüßte der Vorsitzende Simon Staudinger neben den anwesenden Mitgliedern des Ortsverbands auch Amtsleiter und Mitglied des bfg-Landesvorstandes, Nicolai Löwinger sowie die Vorsitzende des Bezirksverbands Südbayern, Birgit Fuchs.

Nach einem Gedenken an das verstorbene Mitglied Monika Steinbauer gab Simon Staudinger einen Rückblick auf die Aktivitäten des Ortsverbands seit der letzten Versammlung und nannte dabei beispielhaft die Verteilung von Schokoladennikoläusen für alle Mitglieder an der Weihnachtsfeier und die Teilnahme an der bfg-Landesarbeitstagung 2026 sowie an den Veranstaltungen des BBB-Kreisausschusses Deggendorf.

Als Highlight hob er die Teilnahme des Ortsverbandes an der Protestveranstaltung am 02.02.2026 in Nürnberg hervor. Anschließend referierte Birgit Fuchs zu verschiedenen aktuellen Themen. Sie spräche meist von spannenden Zeiten, doch schwierige Zeiten treffe es leider momentan besser. Diese gelte es zusammen zu meistern! Den Tarifabschluss in der TV-L beschrieb sie als schmerzhaften Kompromiss, schilderte Hintergründe und drückte ihr völliges Unverständnis hinsichtlich der beabsichtigten

zeitverzögerten Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamten aus. Ein weiterer Schwerpunkt der Ausführungen war das Thema Arbeitsbelastung – durch stetig steigende Fallzahlen, aber auch durch vermehrt technische Ausfälle. Birgit Fuchs forderte nachdrücklich, dass man die Arbeit reduzieren und die Technik besser nutzen müsse – erfreulicherweise sei im Doppelhaushalt 2026/27 eine erhebliche Aufstockung des IT-Budgets vorgesehen.

Weiter ging Birgit Fuchs auf IKONOS, das kommende Kommunikationssystem in der Finanzverwaltung, welches derzeit auch in Mittelfranken pilotiert wird, ein. Klar müsse sein, dass standortübergreifendes Arbeiten nur funktionieren könne, wenn mit IKONOS auch die nötigen Kommunikationswege stabil zur Verfügung stehen. Zum Schluss richtete die Bezirksvorsitzende einen Appell an alle Anwesenden, am 23.06.2026 die bfg bei den Personalratswahlen zu unterstützen – indem man das Wahlrecht wahrnehme und die Kandidatinnen und Kandidaten der bfg wähle. Daran anknüpfend präsentierte Simon Staudinger anschließend die Vorschläge des Ortsverbandes für die Kandidatenlisten zur Wahl der örtlichen Jugend- und Auszubildendenvertretung sowie für die örtliche Personalratswahl



Ortsvorsitzender Simon Staudinger bei seinem Tätigkeitsbericht.



in den beiden Gruppen Beamte und Arbeitnehmer, die von der Versammlung angenommen wurden. Danach wurde noch bekanntgegeben, welche Deggendorfer Kandidatinnen und Kandidaten auf den Listen der bfg für die überörtlichen Stufenvertretungen

zu finden sind. Zwei Ehrungen waren im Anschluss noch vorzunehmen. Zu ehren waren Marianne Paternoster für 50 Jahre und Siegfried Keller für 60 Jahre Mitgliedschaft. Da beide nicht teilnehmen konnten, hatte Simon Staudinger Marianne Pater-

noster bereits zuvor besucht und ihr die Urkunde überreicht. Bei Siegfried Keller wird dies nachgeholt. Danach bedankte sich der Ortsvorsitzende bei allen für Zeit und Aufmerksamkeit und schloss die Versammlung, die im Anschluss gemütlich ausklang.

Ortsverband beim Finanzamt Schrobenhausen Mitgliederehrungen, Neuwahlen und Verabschiedung

Beim Ortsverband Schrobenhausen standen Veränderungen an. Da sich die langjährige Orts- und Personalratsvorsitzende Roswitha Oswald, die die Ämter seit 2014 bzw. 2013 innehatte, demnächst in den wohlverdienten Ruhestand verabschiedet, waren Neuwahlen erforderlich. Neue Ortsvorsitzende ist Sabine Hanke und ihre Stellvertreterin Katharina Rosenberger (die Tochter von Roswitha Oswald – und somit bleibt in der Familie!).

Bezirksvorsitzende Birgit Fuchs bedankte sich bei den Kolleginnen für die Bereitschaft zur Übernahme der Vorstandsfunktionen und bot ihre Unterstützung bei den neuen Aufgaben an. Sie nutze aber auch die Möglichkeit, sich bei Roswitha Oswald für ihr besonderes Engagement in den Jahren und die sehr vertrauensvolle, konstruktive Zusammenarbeit zu bedanken. Wichtig sei Roswitha Oswald stets gewesen, die Anliegen der Beschäftigten mit Nachdruck, aber auch mit Augenmaß zu vertreten, um erforderliche Verbesserungen zu erreichen. Auch war ihr die Betreuung der Mitglieder im Orts-

verband eine Herzensangelegenheit. „Das ist dir mit deiner stets angenehmen, aber auch durchaus kritischen Art, sehr gut gelungen. So soll es sein!“ hob Birgit Fuchs abschließend hervor. Im Anschluss freute sich die neugewählte Ortsvorsitzende Sabine Hanke, Mitglieder für ihre langjährige Treue zur bfg zu ehren. Für 40 Jahre Mitgliedschaft erhielt Heinrich Keimeier die goldene Ehrennadel der bfg und die dazugehörige Urkunde. Silvia Schay wurde für 25 Jahre bfg geehrt.



Dank für die langjährige Mitgliedschaft an Heinrich Keimeier und Silvia Schay.



Verabschiedung von Roswitha Oswald mit Blumen und Herz: v.l.n.r.: Birgit Fuchs, der neugewählte Vorstand Katharina Rosenberger und Sabine Hanke, Roswitha Oswald und Amtsleiterin Doris Niklas

Ortsverband beim Finanzamt München Abt. I Wattturnier – Spannung und Geselligkeit

Sehr unterhaltsam und kurzweilig war das Wattturnier, welches vom Ortsverband in der Kantine am Campus der Deroystraße ausgerichtet wurde. Zahlreiche Teilnehmerinnen und Teilnehmer folgten der Einladung und traten mit viel Ehrgeiz, aber auch einer gehörigen Portion Humor gegeneinander an. Vom Anfänger bis hin zum Vollprofi war hier jeder willkommen! Am Ende konnten sich drei Teams besonders hervorheben und sich Spitzenplätze sichern. Sebastian Käufel und Daniel Weggler (im Bild 2. Reihe 3. und 4v.l.) belegten den ersten Platz. Die Organisatoren aus dem Ortsverband, Fabian Gerbig und Stefan Ferstl sowie der Ortsvorsitzende Günther Dendörfer (1. Reihe Mitte), freuen sich jetzt schon auf die zukünftigen Wattturniere.



Ortsverband bei der Außenstelle Laufen

Aktuelle Informationen, Neuwahl und gute Gespräche

Der Ortsverband der Außenstelle Laufen des Finanzamts Berchtesgaden-Laufen lud seine Mitglieder zur Versammlung ein. Nach dem Tätigkeitsbericht der Vorsitzenden Beate Poerschke informierte die Bezirksvorsitzende Birgit Fuchs die anwesenden Mitglieder zu aktuellen Themen in der Gewerkschaftsarbeit.

Diskutiert wurde vor allem die stetig ansteigende Arbeitsbelastung. Diese werde durch teils anhaltende IT-Probleme zusätzlich verschärft, so die Anwesenden zur aktuellen, sehr schwierigen Situation. Erfreulicherweise stand dann eine Ehrung auf der Tagesordnung. Geehrt für 40 Jahre bfg-Mitgliedschaft wurde Eveline Stronk.

Im Anschluss erfolgte die Neuwahl des Ortsvorsitzenden. Gerhard Penn wurde einstimmig zum Nachfolger von Beate Poerschke gewählt, da die-



Birgit Fuchs und Beate Poerschke danken Eveline Stronk für 40 Jahre Treue zur bfg.

se im Juni in die Freistellungsphase der Altersteilzeit geht. Birgit Fuchs bedankte sich bei der bisherigen Vorsitzenden für ihr jahrzehntelanges Engagement als Personalrätin und Ortsvorsitzende für die Kolleginnen



Birgit Fuchs mit der bisherigen Ortsvorsitzenden Beate Poerschke und dem neuen Ortsvorsitzenden Gerhard Penn.

und Kollegen in Berchtesgaden und Laufen und wünschte dem Nachfolger und seinen beiden Stellvertreterinnen, Katharina Geigl und Barbara Prechtel, alles Gute für die zukünftige Arbeit vor Ort.

Ortsverband der Außenstelle Donauwörth des Finanzamts Nördlingen

Langjährige Ortsvorsitzende Elfriede Oswald verabschiedet

Zur bfg-Ortsverbandsversammlung konnten zahlreiche Mitglieder sowie Außenstellenleiter Leonhard Wiedemann und die Bezirksvorsitzende Birgit Fuchs begrüßt werden. Nach dem Geschäftsbericht, in dem sie das Jahr im Ortsverband Revue passieren ließ, verkündete die Vorsitzende Elfriede Oswald aufgrund ihres Pensionseintrittes ihren Rücktritt vom Amt. Ihr Stellvertreter Matthias Klose wird sie bis zu den Neuwahlen vertreten. Birgit Fuchs nutzte die Gelegenheit und bedankte sich bei Elfriede Oswald für ihr außergewöhnliches Engagement als Vorsitzende des örtlichen Personalrats an der Dienststelle Donauwörth von 2006 bis 2021 und als Mitglied im Gesamtpersonalrat sowie als Ortsvorsitzende seit 2008. Die Bezirksvorsitzende hob dabei besonders hervor, wie sehr Elfriede Oswald in ihren Funktionen als verlässliche Ansprechpartnerin für die Kolleginnen und Kollegen zur Verfügung gestanden und sich für deren Anliegen konsequent eingesetzt hatte. Im daran anschließenden Bericht zu aktuellen Themen beschrieb Birgit Fuchs die



Matthias Klose, Elfriede Oswald und Birgit Fuchs bedanken sich bei Andreas Braun für 50 Jahre bfg. Ganz rechts im Bild Außenstellenleiter Leonhard Wiedemann, der inzwischen die Dienststelle gewechselt hat.

personelle Situation an den Dienststellen als sehr kritisch, wobei die Neuerungen bei der Nachwuchswerbung für die notwendige Personalgewinnung sehr gute Schritte in die richtige Richtung seien. Aber nicht nur die Arbeits- und Personalsituation, sondern auch IT- und Kommunikationsverfahren stünden unverändert im Fokus der Gewerkschaftsarbeit.

„Die Verfahren müssen funktionsfähig sein und die Performance passen, es muss mehr getestet werden!“, so die Bezirksvorsitzende abschließend. Sehr positiv war der Schluss der Veranstaltung, da eine Ehrung für langjährige Mitgliedschaft vorzunehmen war. Geehrt wurde Andreas Braun für 50 Jahre bfg. Herzlichen Dank für die jahrzehntelange Treue!

WIR GRATULIEREN

Runde Geburtstage im Mai 2026

95. Geburtstag

Willi Gerstl, FA Passau

90. Geburtstag

Gerhardt Höhn, FA Waldsassen

85. Geburtstag

Manfred Loges, FA Garmisch-Partenkirchen; Hermann Bietsch, FA Kempten; Gotthard Käspeitzer, FA Deggendorf; Karl Aumeier, FA Bad Kötzing; Hubert Popp, FA Regensburg; Manfred Güls, LfSt DSt Nürnberg IuK

80. Geburtstag

Roland Zechel, LFS Ansbach; Horst Pecher, FA Selb; Edith Scheungrab, FA Passau; Werner Dötsch, FA München Abt. IV

75. Geburtstag

Gisela Winkler, FA Kulmbach; German Haas, LfF DSt Ansbach; Gerhard Weigel, FA Erding; Sigrid Wenzel, FA München; Gabriele Roßmann, FA Dillingen; Herbert Lorenczyk, FA Rosenheim; Bernhard Schmitt, FA Kitzingen; Waltraud Simson, FA Traunstein; Juliane Kressel, FA Ebern; Georg Greisel, FA Kaufbeuren; Achim Pohling, FA Regensburg; Norbert Endres, FA Lohr; Martin Warkus, FA Weilheim; Ludwig Göde, FA Deggendorf; Renate Schmidt, FA Erlangen

70. Geburtstag

Werner Heigl, FA Weiden; Jürgen Pössniker, FA Schongau; Rosa Köhler, FA Regensburg; Robert Kühnel, FA Augsburg-Stadt; Almeda Pöschl, LfF DSt Regensburg; Helmut Feil, FA Traunstein; Sonja Väh, FA Aschaffenburg; Angela Walter-Schmitt, LfF DSt Würzburg; Sonja Prokscha, FA Zwiesel; Peter Einwang, FA Regensburg; Gerlinde Woppmann, LfF DSt Weiden; Andreas Braun, FA Donauwörth; Hannelore Pack, FA Hersbruck; Anna Elisabeth Meier, LfF DSt Augsburg; Wilma Steierberg, LfF DSt Augsburg; Rita Gwaltsleitner, FA Augsburg-Stadt; Gisela Seidl, FA Bad Kötzing; Brigitte Sachsenhauser, FA Kelheim; Gerda Golling, FA Augsburg-Stadt; Richard Krapp, FA Lichtenfels; Kornelia Schulz, FA Nürnberg-Süd; Peter Kuschminder, FA Aschaffenburg; Irene Grünwald, FA Weiden; Werner Waltersdorf, FA Straubing; Jürgen Seeliger, FA München Abt. V, BP

65. Geburtstag

Harald Perras, FA Regensburg; Sabine Ehrlicher, FA Coburg; Johann Hackl, FA Deggendorf; Ralf Peter Fritz, FA München Abt. IV; Günther Aumer, FA München Abt. II BAST Straubing; Bernhard Lechner, LfF DSt Ansbach; Rita Meusel, LfF DSt Regensburg; Josef Kerscher, FA Erding; Gabriele Link, FA Nürnberg-Süd BAST Bad Königshofen; Dieter Merrath, FA Memmingen; Günter Ganzenmüller, FA Augsburg-Stadt; Otto Neuner, FA Bayreuth; Norbert Kohl, FA Augsburg-Land; Anneliese Göschl, FA Regensburg; Wolfgang Roth, Bayer. Verw. Schlösser, Gärten und Seen; Renate Walz, FA Fürth; János Péter Weber, FA Landshut; Alfred Czmaiduch, FA Miesbach

Runde Geburtstage im Juni 2026

90. Geburtstag

Erwin Engelhardt, FA Fürth; Adalbert Stamminger, FA Würzburg; Siegfried Kohn, FA Kaufbeuren; Reinhold Geiß, FA Dingolfing

85. Geburtstag

Walter Flury, FA Schweinfurt; Siegfried Wagner, FA Nürnberg-Nord; Otmar Hofmann, FA Landsberg

80. Geburtstag

Willibald Weilguny, FA Traunstein; Hannelore Lauterbach, FA Hof; Michael Thalhammer, FA Freising; Anton Butz, FA Schwandorf; Martin Lucas, FA Hof; Gerhard Iterson, FA München Abt. I

75. Geburtstag

Michael Gerle, FA Mindelheim; Marlies Braun, FA Nördlingen; Wilhelm Stolzenberger, FA Obernburg; Hermann Zellner, FA Straubing; Herbert Adelfinger, FA München Abt. V, BP; Johann Wozniak, ZFA Nürnberg; Ottmar Kohl, FA Würzburg; Peter Altmann, FA Berchtesgaden; Helmut Waller, FA München Abt. V, BP; Margit Selzer, FA Bayreuth; Ursula Peichl, FA Amberg; Bernhard Köhler, FA Rothenburg; Anita Stiborsky, FA Kronach

70. Geburtstag

Claudia Unger, FA Augsburg-Stadt; Otto Wagner, FA Kelheim; Christina Mehrl, FA Regensburg; Renate Schadl, FA Dillingen; Klaus Johann Küffner, FA Regensburg; Gabriele Holst, LfF DSt Regensburg; Sybille Nitsch, FA Nördlingen; Ursula Rödel, FA Hof; Manuela Stadtmeyer, FA Neu-Ulm; Inge Kropf, FA Erlangen; Ulrike Kramer, FA Obernburg; Anna Maria Verken, FA Garmisch-Partenkirchen; Brigitte Rach, FA Augsburg-Land; Rudolf Schott, FA Aschaffenburg; Renate Schaffer, LfF DSt Augsburg; Peter Born, FA München Abt. V, BP; Horst Eichhorn, FA Kaufbeuren; Horst Hederer, FA Waldsassen; Claudia Graubner, FA Fürstfeldbruck

65. Geburtstag

Martina Maier, FA Füssen; Karlheinz Koppmaier, FA München Abt. III BAST Höchstädt; Hubert Franke, FA Erding; Andreas Braun, FA Dachau; Anita Kuhn, FA Rosenheim; Ingrid Auerochs, FA Fürth; Friedhelm Tegethoff, FA München Abt. I; Ralf Hautsch, FA Würzburg; Klaus Schindler, LfSt DSt München IuK; Georg Regenfus, LfSt DSt Nürnberg; Hans-Peter Urban, FA Fürth; Petra Strobl, FA Fürstfeldbruck; Roman Karl, FA Landshut



dbb
vorsorgewerk
günstig • fair • nah

BB
Bank
Better Banking

0,nix Konto

2 Jahre kostenlose
Kontoführung¹

Bis zu
200€
Startprämie²



Jetzt informieren

in Ihrer Filiale vor Ort, per Telefon
unter 0721 141-0 oder auf
bbb.de/dbb

¹ 24 Monate kostenfreie Kontoführung bei Online-Überweisungen (danach monatliches Kontoführungsentgelt 2,95 Euro bei Online-Überweisungen), 24 Monate kostenfreie girocard mit Kontaktlosfunktion, danach 14,95 Euro p. a. Aktionszeitraum für Eröffnungen limitiert vom 15.05.2025 bis zum 31.12.2026. ² Voraussetzungen: Neukunde (kein Girokonto in den letzten 24 Monaten), 25,- Euro für die Eröffnung eines BBBank-Girokontos, 50,- Euro für Gewerkschaftsmitglieder und deren Angehörige. Bis zur Vollendung des 30. Lebensjahres kostenfrei. Ab Vollendung des 30. Lebensjahres: 24 Monate kostenfreie Kontoführung bei Online-Überweisungen danach mtl. Kontoführungsentgelt i. H. v. 2,95 Euro, 24 Monate kostenfreie girocard danach 14,95 Euro p. a. Weitere 125,- Euro Startprämie bei drei monatlichen Geldeingängen von jeweils mindestens 500,- Euro und insgesamt zwei Lastschriftabbuchungen innerhalb der ersten drei Monate nach Kontoeröffnung. Die Auszahlung kann nach Erfüllung der Bedingungen bis zu 8 Wochen dauern und erfolgt auf das eröffnete BBBank-Girokonto. Änderungen, Anpassungen oder Beendigung des Angebotes bleiben vorbehalten; Start der Aktion: 03.11.2025.